

17. Wahlperiode

**Enquete-Kommission
Internet und digitale Gesellschaft**

Kurzprotokoll

der

8. Sitzung

**Öffentliche Anhörung
zum Thema**

„Medienkompetenz“

Berlin, den 13. Dezember 2010, 13.00 bis 16.50 Uhr

Sitzungsort: Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E 400

Vorsitz: Axel E. Fischer, MdB (CDU/CSU)

Wechsel im Vorsitz um 15.40 Uhr

Vorsitz: Martin Dörmann, MdB (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Teilnehmer und gratuliert **Abg. Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.), **Abg. Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) und **SV Lothar Schröder** im Namen der Kommission nachträglich zum Geburtstag.

Der **Vorsitzende** gibt einleitend einen kurzen Überblick über die Tagesordnung sowie den geplanten Sitzungsverlauf. Er weist darauf hin, dass auf Vorschlag der Obleute das Reglement der Öffentlichen Anhörung „Medienkompetenz“ gegenüber den vorangegangenen Veranstaltungen dahingehend verändert werde, dass vor Beginn jeder Runde zehn Fragen aus den Fraktionen (Koalition und Opposition im Wechsel) und zusätzlich zwei Fragen vom **18. Sachverständigen** gesammelt werden. Anschließend beantworteten die Sachverständigen die an sie adressierten Fragen im Block. Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen der Kommission hinsichtlich dieser Verfahrensfrage fest.

Der **Vorsitzende** konkretisiert den Sitzungsverlauf und benennt die drei Themenblöcke der Öffentlichen Anhörung:

1. Vermittlung von Medienkompetenz und deren Rahmenbedingungen,
2. Zielgruppen und Schutzbedürftige,
3. Instrumente digitalen Lernens.

Anschließend führt der **Vorsitzende** aus, dass jeder Sachverständige zunächst ein dreiminütiges Statement abgeben könne, bevor er dann die drei Fragerunden eröffnen werde.

TOP 1 Öffentliche Anhörung zum Thema „Medienkompetenz“

Die externen Sachverständigen beginnen mit ihren Statements.

Mechthild Appelhoff ist Leiterin des Bereichs Medienkompetenz und Bürgermedien bei der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen. Sie erläutert, die Förderung von Medienkompetenz sei eine zentrale Aufgabe, nicht nur unter dem Aspekt des präventiven Jugendmedienschutzes, sondern auch mit Blick auf gleiche Bildungschancen. Medienkompetenz sei darüber hinaus eine zentrale Voraussetzung dafür, dass der Einzelne sozial und politisch an der Gesellschaft teilhaben könne. Jeder, insbesondere aber Kinder und Jugendliche, sei vor allem unter dem Aspekt der Chancengleichheit zu qualifizieren, um selbstbestimmt und kompetent mit Medien umgehen zu können. Projekte vor Ort sollten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, von Erwachsenen begleitet, eigene Erfahrungen mit Medien zu machen. Es seien aber auch diejenigen zu qualifizieren, die die Heranwachsenden begleiteten. Dabei handle es sich vor allem um die Eltern, denn in der Familie würden die ersten Erfahrungen mit Medien gemacht und die Grundlagen künftigen Nutzungsverhaltens gelegt.

Es müssten des Weiteren diejenigen qualifiziert werden, die die Eltern beraten sollten: die Verantwortlichen in der Familienberatung, der Familienbildung und die pädagogischen Fachkräfte in der Schule sowie im vorschulischen Bereich. Hier gebe es zentrale Defizite, was die Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte angehe. Diese zentrale Herausforderung werde sich in den nächsten Jahren stellen. Offen bleibe, wie man all jene Multiplikatoren, die selbst nicht in der digitalen Welt aufgewachsen seien, zur Vermittlung von Medienkompetenz befähigen könne. Die Konzepte, die einer solchen Qualifikation zugrunde lägen, hätten so offen zu sein, dass sie an aktuelle Entwicklungen der Medienlandschaft ständig angepasst werden könnten. Hier stelle sich eine Herausforderung an die Forschung, aber auch an die Praxis. Erkenntnisse über die Entwicklung und die Wirkungen von Medien zu erarbeiten und in die Konzepte zu integrieren. Dazu müs-

se es eine Vernetzung aller verantwortlichen Institutionen auf Bund-, Länder- und regionaler/lokaler Ebene geben.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und übergibt das Wort an **Prof. Dr. Stefan Aufenanger**.

Prof. Dr. Stefan Aufenanger ist Professor für Erziehungswissenschaft und Medienpädagogik an der Universität Mainz. Er führt aus, die Vermittlung von Medienkompetenz sei eine staatliche Bildungsaufgabe und darüber hinaus ein europäisch zu betrachtendes Projekt. Medienkompetenz umfasse auch mehr als die Beherrschung neuer Techniken. Es gehe darum, die Mediensysteme in ihrer Funktionsweise zu begreifen. Dies seien soziale und ethische Aspekte. Es gehe nicht nur darum mit Medien umgehen zu können, sondern auch Inhalte und Prozesse zu verstehen. Medienkompetenzvermittlung sei als lebenslange Aufgabe zu sehen, die bei den Kindern und Jugendlichen beginne, die Erwachsenen und Senioren aber nicht ausschließe. Hier seien die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft stärker gefordert. Sie trafen zwar Entscheidungen, oftmals aber verfügten sie selbst nicht über eine hinreichende Medienkompetenz.

Ein anderer wesentlicher Aspekt von Medienkompetenz sei der präventive Jugendschutz. Kinder und Jugendliche müssten befähigt werden, mit modernen Medien, vor allem dem Internet, angemessen umzugehen. Eine zu große Regulierungswut bringe die Sache nicht weiter. Neue Studien zeigten, dass junge Menschen sich der Probleme und Gefahren in Chats oder Social Networks mehrheitlich bewusst seien und aktiv damit umgehen könnten. Nachholbedarf für die Medienkompetenzforschung gebe es besonders im Bereich der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und hinsichtlich der Menschen mit physischen oder psychischen Beeinträchtigungen. Sie sollten an den Potentialen digitaler Medien teilhaben können. Auch das Medienverhalten junger Menschen aus bildungsfernen Familien sei ein wichtiges Forschungsfeld.

Der Bereich Werbung im Internet und in PC-Spielen sei ebenso kritisch zu betrachten. Kinder und Jugendliche hätten große Schwierigkeiten, Content von Werbung zu trennen. Hier sollte das pädagogische Prinzip der Durchschaubarkeit von Medien leitend sein. Für die deutliche Trennung von Inhalt und Werbung seien in erster Linie aber die Medienanbieter selbst verantwortlich. Die Eltern- oder Familienbildung sei ein weiterer Punkt bei der Förderung der Medienkompetenz. Viele Eltern wüssten nicht, was ihre Kinder im Netz tun und brauchten selbst eine Medienweiterbildung, seien aber oft schwer ansprechbar. Dieser Bereich müsse stärker als bislang gefördert werden. Die Förderung von Medienkompetenz müsse dabei vor allem durch eine Handlungsorientierung erfolgen. Das heiße, Kinder und Jugendliche sollten sehr früh die Möglichkeit bekommen, mit digitalen Medien umzugehen. Dies gelte für alle Bildungsinstitutionen. Die Forderung sei, allen Menschen mittels neuer Medien Partizipation zu ermöglichen und Bildungschancen zu gewähren.

Der **Vorsitzende** dankt dem Sachverständigen und übergibt das Wort an **Kathrin Demmler**.

Kathrin Demmler ist Direktorin beim Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis in München. Sie betont, Kinder und Jugendliche nutzten heute eine sehr große Medienvielfalt, um sich zu informieren, zu kommunizieren und zu präsentieren. Vor allem digitale Medien bten jungen Menschen eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe – oder auch nicht. Um Kindern und Jugendlichen alle Möglichkeiten zu eröffnen, müsse es von Beginn an und lebenslang eine Medienkompetenzförderung geben. Dies schließe auch die Medienkompetenzförderung der Eltern und des gesamten sozialen Umfeldes ein. An dieser Stelle bleibe noch sehr viel zu tun. Es sei vor allem auch wichtig, die Medien, die die Jugendlichen nutzten, ernst zu nehmen. So dürfe beispielsweise die Faszination für Computerspiele nicht vernachlässigt werden.

Darüber hinaus sei es wichtig, Räume für die Diskussion und Reflexion medialer Phänomene zu schaffen. Dies müsse über handlungsorientierte Ansätze gesche-

hen. Hierin nämlich liege das Potenzial, die Faszination, die digitale Medien auf Kinder und Jugendliche ausübten, aufzugreifen und gewinnbringend nutzbar zu machen. Um dabei potentielle Gefahren frühzeitig zu erkennen und pädagogische Möglichkeiten zu nutzen, sei eine kontinuierliche und begleitende medienpädagogische Forschung notwendig. Vor allem für den vorschulischen Bereich gebe es immer noch große Forschungsdefizite. Zudem müsse Medienkompetenzförderung langfristig und strukturell verankert angelegt sein, um die gewünschte Wirkung erzielen zu können. Auch dürfe hierbei kein Feld der Erziehungs- und Bildungsarbeit vernachlässigt werden. Medienkompetenzförderung müsse zur Selbstverständlichkeit im pädagogischen Alltag werden. Dies alles aber könne nur gelingen, wenn die Aktivitäten regionaler, bundesweiter und europäischer Träger vernetzt würden. Diese Kernforderung finde sich auch in dem „Medienpädagogischen Manifest“, das verschiedene medienpädagogische Institutionen im vergangenen Jahr unterzeichnet hätten.

Der **Vorsitzende** bedankt sich und übergibt das Wort an **Jürgen Ertelt**.

Jürgen Ertelt ist Projektkoordinator „Jugend online“ an der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Er begrüßt, dass in der Diskussion nicht gleich von den Gefahren digitaler Medien ausgegangen werde, sondern auch die Chancen herausgestellt würden. Denn es gehe in der Medienkompetenzförderung um Chancenorientierung. Sie sei nicht als „Reparaturbetrieb“ für den Jugendschutz zu verstehen. In diesem Sinne müsse Medienpädagogik auch als eigenständige Bildungsleistung anerkannt werden, die nicht allein aus Defiziten zu begründen sei.

Medienkompetenzvermittlung und Medienpädagogik seien aber auch als verpflichtende Teile des Jugendschutzes zu betrachten. Ebenso müsse der Aspekt Partizipation als Bereich der Medienkompetenzstärkung deutlicher herausgestellt werden. Denn gerade digitale Medien sorgten für mehr Transparenz in Entscheidungsprozessen und könnten zur glaubwürdigen Realisierung von Teilhabe beitragen. Medienkompetenzstärkung solle aber auch als Motor für Erneuerungspro-

zesse verstanden werden – hin zu mehr staatsbürgerlichem Engagement und gegen Politikverdrossenheit. Wer in der Lage sei, digitale Medien zu nutzen, könne sich in den gesellschaftlichen Dialog einbringen. Dabei sollten Medien- und Netzpolitik selbst zu Themen der Medienkompetenzvermittlung werden. Auch sei es notwendig, sofort zu reagieren – beispielsweise sollte man auf virale Kampagnen setzen, statt auf Broschüren. Ebenso müsse das Selbstverständnis der Pädagogen neu diskutiert werden, weil es sich heute oftmals so darstelle, dass die Schüler hinsichtlich der technischen Entwicklungen stets ein Stück voraus seien. Insofern sollten sich Lehrer mehr als Navigatoren und Katalysatoren des Bildungsprozesses verstehen, nicht aber belehren wollen. Das funktioniere im digitalen Zeitalter nicht mehr, weil sich die Kommunikation untereinander verändert habe. Auch würden moderne Medienformen wie Wikis und Blogs heute kaum im Unterricht eingesetzt. Hier bestehe großer Nachholbedarf. Notwendig sei eine Strategie der digitalen Jugendbildung, in deren Mittelpunkt die Kinder und Jugendlichen stünden. Ebenso sollten Entscheidungsträger und Ausbilder selbst im Netz aktiv werden, um den gesellschaftlichen Diskurs glaubwürdig zu gestalten. Das Internet sei heute als erweiterter Lebensraum zu verstehen, in dem Bildung, Beratung und Jugendarbeit stattfinden könne.

Der **Vorsitzende** bedankt sich und übergibt das Wort an **Dr. Harald Gapski**.

Dr. Harald Gapski arbeitet am Grimme-Institut für Medien, Bildung und Kultur. Er erinnert, der Begriff Medienkompetenz sei noch zu Beginn der 1990er Jahre kaum verwendet worden. Mit der Verbreitung des Internets aber habe der Begriff in der öffentlichen Debatte eine enorme Konjunktur erfahren. Diese Beobachtung vorangestellt, wolle er zehn Thesen skizzieren:

1. Medienkompetenz sei das Konstrukt eines Beobachters und des entsprechenden Kontextes. Medienkompetenz verweise auf eine pädagogische Medienmündigkeit, auf eine wirtschaftliche IT-Kompetenz, einen rechtlichen Jugendschutzfaktor, politische Demokratiekompetenz und auf Verbraucherschutzkompetenzen.

2. Medienkompetenz sei eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe.
3. Medienkompetenz sei nicht gleichzusetzen mit Medienqualifikation. Medienkompetentes Handeln habe mit Problemlösungen in offenen Handlungssituationen zu tun, mit Kreativität und Selbstorganisationsfähigkeit. Es gehe um mehr als abfragbares Bedienungs- und Handhabungswissen.
4. Medienkompetenzvermittlung meine nicht die Übertragung von einem medienkompetenten Sender zu einem weniger medienkompetenten Empfänger. Statt von Medienkompetenzvermittlung sollte somit besser von Medienkompetenzentwicklung gesprochen werden. Dies habe dann auch Auswirkungen auf die Strategien der Medienkompetenzförderung.
5. Medienkompetenz zu fördern, bedeute Umgebungen zu schaffen, in denen Zielgruppen selbst Medienkompetenz aufbauen könnten. Es gehe um Anregungsmilieus und um Reflexionsanreize, die zielgruppen- und lebensweltorientiert sein sollten.
6. Medienkompetenz habe immer einen Wertehintergrund, der in einen Diskurs um Lebensqualität in der digitalen Gesellschaft münden solle.
7. Medienkompetenz werde zumeist aus der technischen Perspektive interpretiert: auf der einen Seite der Einzelne, auf der anderen Seite das Medium. Heute aber sei man überall von Informationstechnologien umgeben. Das werde die Sicht auf Medienkompetenz und informationelle Selbstbestimmung künftig beeinflussen.
8. Medienkompetenz sei nicht nur als eine Eigenschaft eines Individuums zu verstehen, sondern auch als eine Eigenschaft eines sozialen Systems.
9. Die Förderung von Medienkompetenz treffe auf unterschiedliche Diffusionsgeschwindigkeiten von Medientechnologie. Jugendliche Peer-Groups beispielsweise seien sehr schnell, Schulen eher langsamer, Bildungssysteme noch langsamer. Das habe auch Konsequenzen für den Dialog zwischen diesen Bereichen.
10. Ein bildungspolitischer Diskurs über die nachhaltige Förderung und Verankerung von Medienkompetenz müsse etablierte und bestehende Netzwerkstrukturen einbeziehen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich und übergibt das Wort an **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer**.

Prof. Dr. Gerd Gigerenzer ist Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Er greift den Aspekt der *Risikokompetenz* heraus und betont, die zentrale Frage sei nicht, ob Medien die kognitive Entwicklung von Menschen veränderten und ob neue Medienkompetenzen gebraucht würden. Vielmehr gehe es darum zu klären, wie neue Technologien die Menschen veränderten und welche Kompetenzen notwendig seien. Eine sei die digitale Risikokompetenz. Dabei gehe es um den Begriff Risiko im Sinne von Chance. Risikokompetenz sei demnach der informierte Umgang mit den Herausforderungen einer modernen technologischen Gesellschaft. Diese Fähigkeit werde weder in den Schulen noch in den Universitäten gelehrt. Hinsichtlich der Risikokompetenz ließen sich zwei Dinge unterscheiden: zum einen das Verständnis der Risiken, zum anderen die Fähigkeit, die Risiken zu kontrollieren, und nicht von ihnen kontrolliert zu werden. Dazu müssten allen gesellschaftlichen Zielgruppen die relevanten Fakten, Konzepte und Zusammenhänge vermittelt werden. Die wenigsten Nutzer wüssten beispielsweise, dass sich die menschliche Aufmerksamkeit nur auf eine Sache beziehen könne. Beim Multitasking sei es somit fast unmöglich, sich von unwichtigen Informationen abzusetzen.

Ein anderer Aspekt sei die digitale Selbstkontrolle. Viele Menschen seien heute von den Technologien kontrolliert, kämen nicht mehr ohne E-Mail oder Ähnliches aus. Diese Selbstkontrolle zu erlernen, müsse bereits in jungen Jahren beginnen. Eine wesentliche Frage darüber hinaus sei aber auch, wie digitale Medien die menschliche Psyche veränderten. In diesem Bereich gebe es bislang nur wenig Forschung. Es bleibe zu analysieren, was der Mensch durch die Technologie gewinne und was er outsource. Diese Fragen seien Aspekte der so genannten Medienführerscheine einiger Bundesländer, betonten aber gleichzeitig auch die Relevanz der Forschung. Der generelle Weg solle sein, die Kompetenzen der Jugendlichen und Erwachsenen zu stärken, statt Regulierungen und Verbote zu schaffen.

Der **Vorsitzende** dankt und gibt das Wort weiter an **Philippe Gröschel**.

Philippe Gröschel ist Jugendschutzbeauftragter bei den VZ-Netzwerken. Er führt aus, dass das Thema Medienkompetenzvermittlung auch für ein Wirtschaftsunternehmen wichtig sei. Bei den VZ-Netzwerken arbeiteten drei Medienpädagogen, die dabei helfen sollen, Medienkompetenz auf den Plattformen aktiv zu vermitteln. Nur der kompetente Nutzer, der sich mit einem Medium wohl fühle, es aktiv und selbstbewusst gebrauche, werde sich dem Medium in der Regel auch häufiger zuwenden. Ein kompetenter Nutzer mache darüber hinaus auch weniger Arbeit, weil er weniger Betreuung benötige und weniger Rückfragen an den Betreiber stelle. Insofern habe Medienkompetenz für Unternehmen eine wirtschaftliche Implikation. Zudem sei Medienkompetenz aber auch über die Nutzung von sozialen Netzwerken hinaus für die Gesellschaft von Relevanz. Medien spielten seit jeher eine besondere Rolle beispielsweise bei der politischen Bildung und der Information der Bürger. Eine kritische Reflexion von Medien und Medieninhalten sei für jeden wichtig.

Der sichere Umgang mit Medien habe aber ebenso einen volkswirtschaftlichen Aspekt. Deutschland sei ein Forschungs-, Innovations- und Technologieland. Deshalb solle sich auch jeder Bürger der neuen Technologien bedienen können, um in der Arbeitswelt nicht den Anschluss zu verlieren. Kommunikation sei darüber hinaus auch eine Basis sozialer Systeme und sozialer Beziehungen, die vor dem Hintergrund sozialer Netzwerke wieder eine neue Bedeutung erlange. Das Augenmerk solle deshalb auch auf Themen wie „Bewusster Umgang mit den eigenen Daten“ oder „Informationelle Selbstbestimmung“ gerichtet werden. Insofern sei eine Medienkompetenzvermittlung unabdingbar, die in die Mediennutzung integriert erfolgen müsse. Hier liege eine große Verantwortung bei der Inhalte anbietenden Industrie.

Der **Vorsitzende** dankt und übergibt das Wort an **Prof. Dr. Dr. Klaus P. Jantke**.

Prof. Dr. Dr. Klaus P. Jantke ist Leiter der Kindermedienforschung am Fraunhofer Institut für Digitale Medientechnologie. Er erläutert, ein großes Thema der Medienkompetenzvermittlung seien die bildungsfernen Bevölkerungsgruppen, Behinderte und Kranke. Es gehe aber auch um den Mainstream der Medienkonsumenten. Vor allem Kinder und Jugendliche begegneten immer wieder Medien, die für sie nicht geeignet seien. Eine Aufgabe der Politik sei es, sich damit zu beschäftigen, wie und wo man Grenzen ziehen könne. Es bewege aber ebenso die Frage, was man dort tue, wo es keine Grenzziehung gebe. Das betreffe unter anderem den Bereich der digitalen Spiele. Hier gebe es unter den Nutzern keinerlei gleichartige Wahrnehmung, jeder gehe damit anders um. Insofern sei die Frage: „Was ist ein gutes Serious Game?“, unsinnig. Wer bei digitalen Spielen die Balance zwischen Selbstbestimmtheit und Unbestimmtheit halten könne, erziele einen Lerneffekt. Insofern sei es klüger, einen entsprechenden Kontext zu gestalten als Spiele einfach auszugrenzen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich und gibt das Wort weiter an **Hannes Schwaderer**.

Hannes Schwaderer stellt sich als Präsident der Initiative D 21 e.V. vor, die sich in vielen Projekten um die Digitalisierung der Gesellschaft bemühe. Er führt aus, dass der Computer heute als ein ganz gewöhnliches Arbeitsmittel in Schulen zu betrachten sei. Das Lernen des 21. Jahrhunderts brauche auch Werkzeuge des 21. Jahrhunderts. Nur auf diese Weise sei eine Brücke zwischen der Lebensrealität junger Menschen und der Schulrealität zu bauen. Das Lernen werde stärker als je zuvor individualisiert. Die Förderung des Einzelnen gelinge dabei mittels neuer Technologien immer besser. Die Schüler seien beim digitalen Lernen nachweisbar deutlich motivierter. Es werde nicht nur Faktenwissen vermittelt, sondern auch Lernkompetenzen, die einem lebenslangen Lernen zuträglich seien. Es trage auch zur Chancengleichheit bei, wenn alle Schüler über die gleichen Werkzeuge verfügten.

Große Sorge indes bereite, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb hinsichtlich der IT-Ausstattung der Schulen weit hinten liege. Weniger als ein Pro-

zent der deutschen Schüler lernten derzeit in einer „Notebook-Klasse“. 17 Prozent der deutschen Schüler gäben an, im Unterricht noch nie einen Computer benutzt zu haben. Es sei eine dringende Aufgabe des Bildungssystems, diesen Missstand zu beseitigen. Dazu bedürfe es einer neuen Lern- und Lehrkultur. Zukünftige Lehrer sollten schon im Studium lernen, wie man methodisch und didaktisch sinnvoll digitale Medien in den Unterricht einbringen könne.

Der Vorsitzende dankt und übergibt das Wort an **Thorsten Unger**.

Thorsten Unger ist Geschäftsführender Gesellschafter bei der workZone2 Connect GmbH. Er erklärt, Computerspiele stellen ein großes Potential für den Bildungsbereich dar. Der Schlüssel zum Erfolg in einem Computerspiel sei die Motivation. Wenn man diese Motivation mit Bildungsinhalten kombiniere, sei der Lernerfolg das Ergebnis. Auch das Verständnis für Zusammenhänge könne über digitale Spiele sehr gut ausgebildet werden. Die Computerspiele-Industrie begreife sich als Mittler zwischen Lehre und Praxis. Verschiedene Lernplattformen im Internet zeugten davon. Man wünsche sich hier ein breites gesellschaftliches Feedback.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre Statements und leitet zur ersten Fragerunde über.

Erste Fragerunde

Vermittlung von Medienkompetenz und deren Reformbedingungen

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU) bittet **Mechthild Appelhoff** um weitere Details zu den Projekten, die die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen vornehme. Als neue Zielgruppe, neben den Schülern, setze man dort auch bei der Elternarbeit an und veranstalte Elternabende. Im Landesmediengesetz sei auch vorgesehen, dass es ehrenamtliche Initiativen gebe, die vielleicht auch von Experten aus Unternehmen durchzuführen seien.

Abg. Aydan Özoguz (SPD) erklärt, sie habe aus den Eingangsstatements herausgehört, dass es bei den Anwesenden eine relativ große Übereinstimmung darüber gebe, dass man sich auf der einen Seite schon sehr lange mit dem Thema Medienkompetenz beschäftige, es aber doch an jeder Ecke an dieser mangle. Es sei gesagt worden, dass Bildungschancen von Medienkompetenzen abhängig seien. Auch innerhalb der Enquete-Kommission werde dies immer wieder betont. Damit man vernünftige Weichenstellungen aufschreiben könne, sitze man hier zusammen. Durch die Ausführungen der eingeladenen Sachverständigen habe sie das Gefühl, dass man fast 75 Prozent der Gesellschaft, d. h. nicht nur Lehrer, Erzieher und Eltern, nachschulen müsse. Dies sei ein weites Feld. Sie fragt **Kathrin Demmler**, welche konkreten Kompetenzmängel sie an vorderster Stelle sehe und nach welchen Gruppen sie dort prioritär unterscheide. Von **Jürgen Ertelt** möchte sie wissen, ob er Unterschiede zwischen den Bundesländern sehe und ob er vielleicht ein oder zwei *gute* Beispiele nennen könne.

Abg. Sebastian Blumenthal (FDP) richtet seine Frage an **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer**, der im Rahmen seiner Lehraufträge auch international, u. a. in Nordamerika, tätig gewesen sei. Welche Erfahrungswerte könne er in die Anhörung aus dem internationalen Vergleich mitbringen? Er habe ihn im Grundansatz so verstanden, dass er eher auf Aspekte wie Motivation, Aufklärung und weniger auf übergreifende Regulierung Wert lege. Wie sehe ein Weg aus, der für die politische Entscheidungsebene ein Ansatz sein könne?

SV Annette Mühlberg hat zunächst eine Frage an **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer**, anschließend eine Frage an **Prof. Dr. Stefan Aufenanger**. Beide Fragen bezögen sich auf die Ausführungen von **Prof. Dr. Stefan Aufenanger**, der gesagt habe, dass verschiedene Gruppen der Medienkompetenz bedürften. Er habe u. a. die Entscheidungsträger erwähnt. Welche Möglichkeiten sehe **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer**, Entscheidungsträgern, wie Politikern oder Amtsträgern in der Verwaltung, die notwendige Medienkompetenz zu vermitteln?

Die zweite Frage richte sich an **Prof. Dr. Stefan Aufenanger**. Er habe das Thema Arbeitswelt erwähnt. Wie sehe er die Notwendigkeit der Berufsgruppen, die nicht in den typischen Berufen der Online-Tätigkeit aktiv seien, überhaupt Online-Zugang zu haben und auch dort die Medienkompetenz zu fördern? Was gebe es da für Möglichkeiten? Es müsse das gesamte Spektrum betrachtet werden, also vom Arbeiter, vom Landwirt, der mit dem Traktor schon Google Maps nutze, bis hin zur Reinigungskraft und zum Lehrer. Wie sehe es in der Arbeitswelt aus, was sei dort notwendig?

SV Dr. Bernhard Rohleder fragt **Hannes Schwaderer**, welche konkreten Möglichkeiten er sehe und welche Vorschläge er habe, PCs tatsächlich flächendeckend in die Schulen zu bringen. Dies sei schließlich mit hohen Kosten verbunden. Wie könne man dafür sorgen, dass diese PCs auch sinnvoll eingesetzt würden? Er führt aus, dass BITKOM kürzlich eine Schülerbefragung zum Einsatz neuer Medien an Schulen durchgeführt habe. Man habe festgestellt, dass, abgesehen von Einzelplatz-PCs, neue Medien in Schulen gut vorhanden seien. Diese würden aber kaum eingesetzt. Laut 44 Prozent der Befragten sei die Unlust, mit solchen Medien umzugehen, den Lehrern zuzurechnen. Es handle sich hier um ein typisches Henne-Ei-Problem. Wenn es keine PCs und neue Medien in Schulen gebe, dann setze diese natürlich auch niemand ein. Wenn jedoch jemand in der Lage und willens sei sie einzusetzen, schaffe man keine an.

Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) richtet ihre erste Frage an **Dr. Harald Gapski**. Laut den Aussagen der eingeladenen Sachverständigen sei es, neben der Fokussierung auf Kinder und Jugendliche, auch notwendig, die Medienkompetenz der Eltern zu fördern. Wie könne man an Eltern herantreten? Seien dafür Konzepte vorhanden? Konzentriere man sich auf die Kinder und Jugendlichen deshalb, weil dies die zukünftigen Eltern und Nutzer seien oder gebe es Konzepte, wie man die Medienkompetenz in der Bevölkerung insgesamt stärken könne?

Die zweite Frage befasse sich mit Spielen. **Professor Klaus P. Jantke** habe auf Kontexte verwiesen, die zu schaffen seien, um Spiele zu betrachten und zu spielen. In welchem Kontext könne beispielsweise das Super Columbine Massacre Role Playing Game funktionieren?

SV padeluun fragt **Dr. Harald Gapski**, wie es im Sinne eines *learning by doing* möglich sei, im Moment der Nutzung medienkompetenter zu werden. Entweder man könne bestimmte Dinge so herstellen, dass man sie gar nicht falsch benutze oder man lerne, wie man damit auf eine gute Art umgehe.

SV Alvar Freude erklärt, er sei angenehm überrascht, dass von allen Experten die restriktive Anwendung von Maßnahmen sehr kritisch gesehen werde und man eher auf die Vermittlung von positiver Medienkompetenz Wert lege. Er fragt **Jürgen Ertelt** und **Prof. Dr. Stefan Aufenanger** wie der Teufelskreis, der durch mangelnde Medienkompetenz in allen Schichten aufgetreten sei, durchbrochen werden könne.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.) knüpft an das Stichwort Werbung und Durchschaubarkeit an und richtet ihre Frage an **Univ.-Prof. Dr. Stefan Aufenanger**. Innerhalb der Projektgruppe bestehe das Spannungsverhältnis zwischen präventivem und restriktivem Eingriff. Medienkompetenz versus Schutzmaßnahmen. Der Jugendschutz gerate ihrer Meinung nach in dieser Debatte zu sehr an die Oberfläche und überlagere andere Punkte, deren Thematisierung viel wichtiger sei. Mit

Blick auf die Werbung seien solche Prozesse von **Univ.-Prof. Dr. Stefan Aufenanger** kurz angerissen worden. Er möge dies bitte deutlicher darstellen und darauf eingehen, wie sich diese Ambivalenz vollziehe und was die Politik in dieser Diskussion zu beachten habe.

SV Markus Beckedahl richtet seine Fragen an **Jürgen Ertelt** und **Dr. Harald Gapski**. Im Rahmen der Medienkompetenzvermittlung werde sehr oft auf die Office-Produkte der Firma Microsoft zurückgegriffen. Solle man Software-Kenntnisse nicht herstellerunabhängig vermitteln, um Alternativen zum Monopol zu schaffen? Wie könne man Schüler darauf vorbereiten, später auch Alternativen zu Office-Produkten nutzen zu können? Des Weiteren möchte er wissen, ob Programmieren zu Medienkompetenz zähle. Wie könne man es schaffen oder sei es überhaupt wünschenswert, dass Jugendliche lernten mit Codes umzugehen? Wie wichtig seien Codes in der Zukunft und brauche man Codes, um später in der Informationsgesellschaft oder in der digitalen Gesellschaft besser leben zu können?

Der **Vorsitzende** bittet nunmehr um die Fragen des **18. Sachverständigen**.

Frau Frier-Obad, Sekretariat der Kommission, führt aus, die erste Frage drehe sich um das Schulfach Medienkompetenz. Welche Erfahrungen seien mit dem Schulfach Medienkompetenz vorhanden? Müsse ein anderes Schulfach dafür gestrichen werden? Könne man stattdessen die Lehrpläne mehrerer Fächer ergänzen? Oder sei die Herangehensweise, Medienkompetenz interdisziplinär in verschiedenen Fächern zu ermöglichen, praktisch unmöglich?

Die zweite Frage gehe in eine andere Richtung. Es gehe um einen Verein für Medienkompetenz. Fußball lerne man im Fußballverein, Turnen im Turnverein. Aber Medienkompetenz lerne man oder nicht. Gebe es schon viele Vereine für Medienkompetenz? Aufgaben für einen solchen Verein gebe es viele. Zudem mache es manchmal auch mehr Spaß, gemeinsam das Internet zu erkunden. Dann treffe man sich dazu im *real life*. Bis jetzt gebe es oft nur die Möglichkeit, dass

man über die Eltern oder die Schule aktiv den Medienumgang lerne. Seien Vereine für Medienkompetenz eine weitere Option?

Der **Vorsitzende** eröffnet die Runde der Sachverständigen und bittet um kurze Antworten. Die Sachverständigen, an die eine konkrete Frage gerichtet worden sei, sollten diese auch entsprechend beantworten.

Thorsten Unger bezieht sich auf die Frage von **SV Markus Beckedahl**, ob Programmieren zu Medienkompetenz zähle. Es sei sinnvoll, die Fähigkeit des Programmierens auch in Zukunft zu fördern und zu fordern. Durch das Erstellen von Software fördere man sicher Kompetenzen, was die Hintergründe und die Zusammenhänge von Software an sich angehe. Das Programmieren könne ins Hintertreffen geraten, wenn jeder mit Standardprodukten seine Software kreieren könne.

Hannes Schwaderer geht auf die Frage von **SV Dr. Bernhard Rohleder** hinsichtlich der flächendeckenden Verbreitung von PCs in Schulen ein. Es seien in fast jeder Schule digitale Medien in Form von PCs oder PC-Räumen, die zur Nutzung vor zu buchen seien, vorhanden. In Deutschland habe man ein Verhältnis von zehn Schülern zu einem PC. Im OECD-Durchschnitt seien es fünf zu eins. Man sei in Deutschland folglich doppelt so schlecht oder halb so gut wie der OECD-Durchschnitt. Es gebe Länder, in denen es um „1:1 – computing“ gehe, also jeder Schüler einen PC als Lernwerkzeug erhalte. Er glaube, dass es das allgemeine Verständnis in der Medienpädagogik sei, „1:1 – computing“ voranzutreiben. Fördere man Kompetenzen, wenn Kinder zu zehnt an einem PC sitzen? Ja, gewisse mechanische Kompetenzen fördere man. Aber die Hauptkompetenz liege darin, dass man Medien qualitativ bewerten und den Überschuss an Informationen richtig filtern könne. Man müsse Medien für ein besseres Lernen sinnvoll einsetzen können. Diese Kompetenz erlerne man nicht, wenn man zu zehnt vor einem Bildschirm sitze und lerne, wie ein Browser funktioniere. Für diese rein mechanische Kompetenz sei es ausreichend, aber für das Erlernen echter Medienkompetenz nicht.

Die Unlust mit neuen Medien umzugehen, sei zum Teil auf die Lehrer zurückzuführen. In Befragungen mit Lehrern habe sich herausgestellt, dass 80 Prozent der Lehrer moderne Medien, wie Facebook oder andere Plattformen, nicht nutzten. Kinder beherrschten diese längst. Diese Medien nutze man auch aus einer gewissen Unsicherheit heraus nicht. Es bestehe die Angst, dass man als Lehrer einen gewissen Kontrollverlust erleide, wenn man den Unterricht öffne und Kinder während des Unterrichts Computer benutzen dürften. In erster Linie sei dies eine pädagogische Frage. Die Erfahrung zeige jedoch, dass diese Ängste unbegründet seien. Man müsse die Lehrer unterstützen, solche Ängste abzubauen.

Auf der anderen Seite sei ein enormer Wildwuchs zu beobachten. Es gebe bereits 5000 oder 6000 „Notebook-Klassen“ in Deutschland. Dies seien jedoch Einzelinitiativen, ohne Qualitätsstandard, ohne Bildungsstandard, ohne technische Standards. Es gebe einen enormen Wunsch von Schulleitern und Lehrern, PC- bzw. Notebook-Klassen einzuführen. Jedoch gebe es weder von den Landesinstitutionen oder den Sachaufwandsträgern in den Kommunen, noch vom Bund Handlungshilfen. Das Know-How derer, die dies schon seit Jahren exerzierten oder die technische Expertise hätten, sei nicht vorhanden. Es gebe in Ländern, die über wesentlich geringeren Wohlstand verfügten als Deutschland, z. B. Portugal, nationale Programme, durch die für jedes Kind ein PC finanziert werde. Dies werde z. B. durch Public-private-Partnerships über die dortige Telekom, über die größte Bank des Landes, über Elternfinanzierung und staatliche Finanzierung realisiert und entspreche einer monatlichen Belastung von 10 Euro Leasinggebühr pro Kind. Finanzierbarkeit sei also nicht das Problem. Auf der anderen Seite stelle sich die Frage, wie viel man sparen könne. Die Wartung und Pflege der PC-Klassenräume in Deutschland verursache enorme Kosten, weil es einen Wildwuchs gebe. Man gehe nicht standardisiert vor. Man bemühe keine Experten, sondern lasse dies von Lehrern vornehmen. In Deutschland verwende man jede Woche 55.000 Lehrerstunden, um „PC-Klassenräume“ zu pflegen: 55.000 Unterrichtsstunden pro Woche, sogenannte Anrechnungsstunden, fänden in Deutschland nicht statt, weil Lehrer sich damit beschäftigten, PCs zu reparieren, zu pfle-

gen und zu warten. Aus industrieller Sicht sei dies absoluter Schwachsinn. In der Industrie wisse man, wie dies professionell durchführbar sei. Die Kosten, die da zusätzlich entstünden, hätten einen derart positiven Effekt, dass man an anderer Stelle wesentlich größere Kosten einsparen könne.

Zur Frage des sinnvollen Einsatzes von PCs in Schulen sei die Binnendifferenzierung, d. h. das Eingehen auf die Bedürfnisse einzelner Schüler, genannt. Nicht alle Schüler seien gleich schnell im Unterricht, manche seien überfordert, manche unterfordert. Eine Studie habe ergeben, dass man durch den Einsatz von PCs weniger Kinder habe, die in der Schule durch Über- oder Unterforderung inhaltlich ausstiegen. Jedes Kind habe sein eigenes Lernverfahren und eine andere Art Wissen aufzunehmen. Mit einem PC könne jedes Kind sein Lernverhalten selbst gestalten. In einer Unterrichtsstunde könnten sich Kinder sogar mit unterschiedlichen Sachen befassen, wenn es der Lehrer anweise.

Er wolle noch einmal auf den finanziellen Aspekt aufmerksam machen. Heute fielen Unterrichtsstunden durch Krankheit eines Lehrers aus. Es gebe aber auch Schulen, in denen erkrankte Lehrerinnen und Lehrer eine Handlungsanweisung per E-Mail an die Klasse schickten. Dort setze man sich in Gruppen zu viert zusammen, arbeite an einem Thema und schicke das Ergebnis nach 45 Minuten an die Lehrerin bzw. den Lehrer zurück. Sie erhielten sogar direktes Feedback, was gut oder schlecht gewesen sei und erführen dies nicht erst nach der Klassenarbeit. An solchen Schulen fielen wesentlich weniger Unterrichtsstunden aus.

Prof. Dr. rer. nat. Dr. sc. nat. Klaus P. Jantke greift einen Punkt von **Hannes Schwaderer** auf. Er erklärt, dass die Kindermedienforschung der Fraunhofer Gesellschaft in Erfurt, Thüringen, angesiedelt sei und er sein Wissen aus vielen Kooperationen, vor allem in Thüringen, beziehe.

Bezug nehmend auf die fehlenden Standards müsse gesagt werden, dass zwischen der Fraunhofer Gesellschaft und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm) ein Kooperationsvertrag bestehe, und

man alles, was in Fragen Technologien in den Schulen gemacht werde, koordiniere. Es gebe also in Thüringen eine einheitliche Herangehensweise an die Einführung von Notebook-Klassen. Dies koordiniere das Thillm. Es gebe aktuell auch eine Initiative zur Einführung von interaktiven Whiteboards, welche durch die Firma Hitachi unterstützt werde. Auch diese werde landesweit koordiniert. Punktuell gebe es ein bisschen Ordnung. Alle anderen Probleme blieben völlig unbestritten bestehen.

Prof. Dr. Klaus P. Jantke nimmt Stellung zur Frage der **Abg. Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) nach den notwendigen Kontexten von Spielen, wie dem Super Columbine Massacre Role Playing Game. Das Super Columbine Massacre Role Playing Game finde man im Internet, könne es herunterladen und natürlich auch spielen. Es sei ein nicht besonders attraktives, pixeliges Spiel, in dem man das Massaker an der Columbine High-School in Littleton, Colorado im April 1999, nachspielen könne. Dabei könne man so viele seiner virtuellen Mitspieler pixelmäßig erschießen, wie man wolle. Man könne sie aber auch am Leben lassen. Wenn man genug Schüler erschossen habe, müsse man sich, um das Spiel ordnungsgemäß zu beenden, auch selbst erschießen und werde mit einem Originalfoto der beiden toten Amokläufer aus der Colombine High-School belohnt. Dies sei, ohne Frage, ein sehr seltsames Spiel. Er wolle dieses Thema aber gerade deswegen aufgreifen, weil man solchen Sachen im Internet begegne und es nicht zu vermeiden sei, dass Kinder und Jugendliche so etwas finden.

Was könne man mit diesem Spielen machen? Er habe Erfahrungen bei Veranstaltungen mit christlichen Jugendarbeitern, sogenannten Streetworkern, sammeln können. Mit diesen habe er sich das Spiel angeschaut und sehr intensiv diskutiert. Es habe die einhellige Meinung vorgeherrscht, dass das Spiel gut geeignet sei, um es mit den Jugendlichen, die man betreue, zu spielen und mit diesen darüber zu sprechen. Das Entscheidende sei, wenn man sich auf dieses Spiel einlasse, die Reflexion dessen, was man dort eigentlich mache. Die Diskussion in der Gruppe sei entscheidend. Einen solchen Kontext müsse man schaffen. Man müsse Rahmenbedingungen schaffen, in denen man den Spielern die Chance ermögli-

che, ja sie provoziere, zu reflektieren und sich darüber auszutauschen. Wenn man diesen spezifischen Kontext schaffe, handle es sich um ein sehr gutes *serious game*. Er wolle, dass dies ein bisschen schmerzhaft als Stachel im Fleische hängen bleibe.

Was einen Kontext ausmache, hänge natürlich immer vom Spiel und davon, was man erreichen wolle und könne, ab. Auch die Adressaten seien zu betrachten. Spiele in der Schule stellten ein Problem dar, weil man sie im Allgemeinen nicht in einer Unterrichtsstunde spielen könne. Hinzu komme, dass Lehrer es scheuten, in Bezug auf Medienkompetenz von ihren Schülern abgehängt zu werden. Insbesondere scheuten Sie den Kontrollverlust, nicht zu wissen, was welcher Schüler mache und könne. Wenn das Spielen eines Spieles 20 Stunden dauere, dann sei es für den Unterricht nicht geeignet. Es gebe nachweislich das Phänomen, dass einige Schüler dieses Spiel in der nächsten Nacht durchspielten. Andere Schüler hätten das Spiel in vier Wochen nicht zu Ende gespielt. Damit reiße man an anderer Stelle wieder eine Kluft auf. Man habe daher in seiner Abteilung ein Spiel mit dem Arbeitstitel „1961“ für den Geschichtsunterricht entwickelt. Dieses behandle den Mauerbau in Berlin zur physischen Teilung Deutschlands. Man habe dieses Spiel in den Unterricht gebracht und Evaluationen mit 200 Schülerinnen und Schülern in zwei Bundesländern durchgeführt. Dies hänge auch mit einer sehr interessanten Promotion zusammen, die bei ihm im Hause begleitet werde. Das Spiel sei vor allem von Lehrerinnen und Lehrern begeistert aufgenommen worden. Es könne in einer Doppelstunde gespielt werden. Durch einen technischen Trick dauere das Spiel maximal eine Stunde. Es gebe qualitative Ergebnisse darüber, dass damit wirklich substanziell gelernt werden könne. Der Kontext sei hier die Doppelstunde Unterricht.

In Bezug auf Medienkompetenz als Schulfach, verhalte es sich wie beim Rechnen, Schreiben und Lesen. Diese Kompetenzen lerne man zunächst in separaten Fächern und brauche sie später, unterschiedlich stark, in allen anderen Fächern. Mit Medienkompetenz müsse es sich genauso verhalten. Nach einem gewissen Einstieg werde Medienkompetenz überall gebraucht, beispielsweise, wie er zuvor

berichtet habe, im Geschichtsunterricht. Es handle sich bei diesem faszinierenden Spiel um ein typisches *point and click adventure*.

Als abschließendes Beispiel wolle er das vom Fraunhofer-Institut entwickelte Spiel *Gorge*, zu deutsch Schlucht, nennen. Dieses Spiel sei eigentlich als Forschungswerkzeug entwickelt worden um zu sehen, ob man mit einem Spiel Technologiekompetenz in einer bestimmten Fachrichtung entwickeln könne, ohne dass ein Zeigefinger erhoben werde oder ein erklärendes Textfenster aufgehe. Man habe dieses Spiel experimentell eingesetzt. Ein möglicher Kontext sei eine Veranstaltung von vielleicht vier Stunden, in denen man das Spiel interessierten Schülerinnen und Schüler nahe bringe. Man könne in diesem Spiel Einstellungen zu seinen computerisierten Gegnern vornehmen. Wer dies mit Freude mache, lerne auch einiges über Informations- und Kommunikationstechnologien und künstliche Intelligenz. Man habe dies bei einer sogenannten Fraunhofer Talent-School in München und in Erfurt gemacht. Dies seien Kontexte.

Philippe Gröschel befasst sich mit der Frage des „**18. Sachverständigen**“. Er schließe sich **Prof. Dr. Klaus P. Jantke** uneingeschränkt an, dass das Thema Medienkompetenz in seinen Grundfertigkeiten in einem eigenen Unterrichtsfach unterrichtet werden solle. Dies sei insbesondere deswegen zu begrüßen, weil man momentan unter Medienkompetenz hauptsächlich den Umgang mit Computer und Internet verstehe, aber das Thema natürlich sehr viel weiter gehe.

Der Umgang mit Medien sei bei der Vermittlung von Wissen ausgesprochen wichtig, unabhängig davon, ob es sich um ein Buch, einen Computer, einen Lehrfilm oder eine Website handle. Medien spielten eine essentielle Rolle im Schulunterricht und seien daher auch entsprechend wichtig. Der Umgang mit Medien solle als Grundlage auch in einem eigenen Fach unterrichtet werden. Nach 1-2 Jahren, in denen ein solches Fach stattfindet, könne man das erlernte Basiswissen auch in anderen Fächern bewusst und richtig einsetzen.

Weiter verweise er auf soziale Netzwerke als größte Vereine für Medienkompetenzförderung. Es gebe aber auch noch andere Vereine für Medienkompetenzförderung, wie z.B. Online-Rollenspiele, wo viele Menschen zusammen spielten. Es gebe viele Orte, an denen Menschen gemeinsam mit Medien konfrontiert werden und sich damit auseinandersetzen. Medien zu erleben und Medien zu erfahren seien richtige Ansatzpunkte, um Medienkompetenz zu vermitteln.

Die Frage von **Abg. Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) bezüglich der Werbung in Medien sei für ihn, dessen Arbeitgeber sich als Betreiber auch durch Werbung finanziere, sehr wichtig. Die aktuellen gesetzlichen Regelungen, insbesondere was das Trennungsgebot von Inhalt und Werbung anbelange, seien ausgesprochen richtig und wichtig. Bei SchülerVZ lege man auch großen Wert darauf und habe sogar einen eigenen Medien- oder Werbekodex entwickelt. Dort befasse man sich auch mit der Frage, für welche Inhalte man speziell auf einer Plattform für Kinder und Jugendliche werben wolle. Bei diesem, wie auch bei sehr vielen anderen Themen, die man im Kontext des Internets diskutiere, müsse man sich bewusst sein, dass Kinder und Jugendliche und auch die normalen Verbraucher auf sehr vielen verschiedenen Webseiten unterwegs seien. Diese seien nicht unbedingt immer aus Deutschland oder würden von deutschen Unternehmen betrieben. Daher sei es wichtig, unabhängig von hierzulande bestehenden gesetzlichen Regelungen, den Verbrauchern, und natürlich auch den Kindern und Jugendlichen, die Kompetenz zu vermitteln, Werbung zu verstehen, auch, wenn sie ganz anders aussehe als Werbung auf den meisten Webseiten deutscher Betreiber.

Zuletzt seien zwei Themen verknüpft, nämlich der Einsatz von Medien im Unterricht und die Unterschiede in den Bundesländern. Als Betreiber eines sozialen Netzwerkes stelle man fest, dass es aus bestimmten Bundesländern viele Anfragen, z. B. zu Lehrerfortbildungsprogrammen oder auch besonders viele Anrufe von älteren Lehrern im Rahmen der Telefonsprechstunden, gebe. Er vermute, dass dies auch stark damit zusammenhänge, wie sehr das Thema Mediennutzung und Einsatz von Medien im Unterricht präsent sei. In diesem Fall finde natürlich auch eine Assoziation mit dem Medium als Unterrichtselement statt. Hervorzuheben

seien aus seiner Erfahrung zumindest die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und zum Teil auch Baden-Württemberg. Dies seien die wirklich starken Länder, die gute Lehrerfortbildungsprogramme und auch gute Scout-Programme für Eltern oder Schüler anböten. Für Eltern und Schüler bestehe dadurch die Möglichkeit, selbst als eine Art von Medienscout aktiv zu werden. In anderen Bundesländern gebe es aus seiner Sicht mit Sicherheit noch Nachholbedarf.

Prof. Dr. Gerd Gigerenzer geht auf die Frage des **Abg. Sebastian Blumenthal** (FDP) nach Erfahrungswerten aus internationalem Vergleich ein. Vor seiner Tätigkeit beim Max-Planck-Institut für Bildungsforschung sei er an der Universität von Chicago gewesen. Die folgenden Aussagen beziehe er nur auf die guten Schulen in den USA, denn die Variabilität dort sei erschreckend. Die Variabilität in Deutschland sei viel sozialer und gerechter. Man könne von den USA lernen, wie man die Motivation der Schüler, die dort im Durchschnitt besser als in Deutschland sei, stärken könne. Auch in Deutschland müsse der Weg Medienkompetenz zu vermitteln darin liegen, die Schüler, die Jugendlichen, die Lehrer, die Eltern und alle Beteiligten zu stärken und weniger auf Regelungen zu setzen.

Die Fähigkeit, und damit sei auch die Frage von **SV Annette Mühlberg** beantwortet, die richtigen Fragen zu stellen, sei notwendig. Viele Kinder stellten die Quelle einer Information nicht in Frage, sondern glaubten, dass das, was sie sehen oder lesen der Wahrheit entsprechen müsse. Man müsse ihnen das Wissen vermitteln, inwieweit die Glaubhaftigkeit einer Aussage auf Basis der Quelle erschlossen werden könne. In Yale führe man z. B. Projekte in Schulen durch, wo Kinder zunächst ein Buch lesen und anschließend den dazugehörigen Film sehen, um so zwischen beiden vergleichen zu können und zu verstehen, was man beim Film weglasse oder vielleicht weglassen müsse. Dadurch werde ihnen der Unterschied zwischen beiden Medien klar. Dies könne man auch mit dem Internet machen.

Ein ganz essentieller Punkt sei, dass man nicht bei den Kindern, sondern bei den Lehrern beginne. Das Internet werde für einen sozialen Informationsspeicher ge-

halten, in dem man sehr viele Informationen finden könne und manchmal auch finde. Für Jugendliche und Erwachsene sei es wichtig zu verstehen, dass viele der Informationen nicht glaubhaft seien. Er wolle dies an einem Beispiel verdeutlichen. Man habe eine erste europaweite Untersuchung durchgeführt, um zu erfahren, was Menschen über bestimmte Gesundheitsbereiche wissen und wie ihr Wissen mit Internet zusammenhänge. Für Deutschland gelte, dass diejenigen, die sich häufiger über Gesundheit im Internet informierten, im Vergleich zu denjenigen, die das nie oder selten tun, kein bisschen mehr Bescheid wüssten. Dies hänge damit zusammen, dass viele Informationen, gerade im Bereich Gesundheit, nicht der Evidenz entsprechen, sondern von interessengeleiteten Gruppen verdreht würden. Brustkrebsscreening und PSA-Screening seien Beispiele dafür, dass man hier nicht die wissenschaftliche Evidenz vermitteln wolle, sondern Personen zur Teilnahme bewegen möchte.

Es sei auch interessant, dass den Bürgerinnen und Bürger in Deutschland kein Zugang im Internet zu den besten Quellen für Gesundheit, z. B. der *Cochrane Library*, zur Verfügung gestellt werde. In Dänemark habe jeder Bürger einen solchen Zugang. Dies verursache ungefähr Kosten von 1 Million Euro pro Jahr. Aber man gebe in Deutschland kaum Geld aus, um die Bevölkerung mündiger zu machen, sondern vielmehr um Technologien oder Bürokratien zu schaffen. Dies seien konkrete Beispiele, die man umsetzen könne, um das Internet informativer und den Bürger mündiger zu machen. In Baden-Württemberg gebe es ein schönes Programm über Science Kids, wo man sechs- bis zehnjährigen Kindern spielerisch den Umgang mit Gesundheit beibringe. Dies könne man für digitale Medien adaptieren.

Ein letztes Beispiel wolle er nennen, in dem er auf die Anfangsfrage zurückkomme. Er glaube, dass man auf Motivation und Aufklärung setzen und auch Anreize schaffen müsse. Ein Vorbild sei Finnland. Dort arbeite man offen mit Anreizen. Eines der dortigen Problem sei, dass die Lehrer digital nicht kompetent seien. Diese Problem bestehe auch in Deutschland. Wie könne man die Lehrer dazu motivieren, kompetenter zu werden? Die Finnen hätten sich einer ganz einfache Idee

bedient. Jeder Lehrer, der einen sogenannten Computerführerschein absolviere, bekomme einen Laptop geschenkt. Solche einfachen Anreizsysteme solle man sich auch in Deutschland zutrauen.

Dr. Harald Gapski geht zunächst auf die Frage der **Abg. Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), wie man Medienkompetenz in der Bevölkerung insgesamt stärken könne, ein. Er glaube, dass man unterschiedliche Formate und zielgruppenspezifische Angebote erbringen müsse. Seit Jahren führe beispielsweise das Grimme-Institut im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW die Initiative „Eltern+Medien“ durch. Dort trete man direkt an Eltern heran. Mit einem umfangreichen Multiplikatorenkonzept veranstalte man landesweit Elternabende mit entsprechenden Materialien zur Förderung und Aufklärung von Medienkompetenzthemen.

Als zweites Beispiel sei die Reihe „Im Blickpunkt“ für Bürgerinnen und Bürger genannt, die vom Grimme-Institut im Auftrag der Landesregierung NRW produziert werde. Diese behandle konkrete Medienkompetenzthemen für verschiedene Zielgruppen. Inhalt der letzten Ausgaben seien beispielsweise „Bezahlen im Web“ oder die Bewertungsmöglichkeiten von Informationsqualität gewesen. Es handle sich dabei um Handreichungen für Bürgerinnen und Bürger mit weiterführenden Informationen. Als drittes sei der vor kurzem durchgeführte „*Social Community Day 2010*“ in Köln genannt. Hier habe man versucht, das Thema *social community* bürgernah aufzubereiten. Als Zielgruppe habe man neben Jugendlichen auch ältere Bürgerinnen und Bürger ansprechen wollen. Man habe verschiedene *social communities* in diesem und auch im beruflichen Bereich präsentiert und über entsprechende Akzeptanzproblematiken diskutiert. Dies sei von einer Ausstellung begleitet worden und ein Versuch, über ein anderes Format verschiedene Zielgruppen anzusprechen und Medienkompetenzen zu fördern.

Ein weiteres Beispiel sei das Projekt „JAM! Jugendliche als Medienforscher“, welches auch von der Landesanstalt für Medien NRW gefördert werde. Hier versuche man ein Konzept umzusetzen, dass Jugendliche in die Lage versetze, auf Basis

ihrer Medienkompetenz selbst vereinfachte Medienforschung durchzuführen. Anhand vereinfachter wissenschaftlicher Methoden erforschten sie im Prinzip ihr eigenes Medienforschungsverhalten. Jugendliche seien Experten in Sachen Casting-Shows, Handy-Konsum und Chatten. Man versuche direkt an diese Zielgruppe heranzutreten und methodisch das forschende Lernen mit Mechanismen der Medienkompetenzförderung zu verknüpfen. Auch in Studienseminaren diskutiere man dies mit jungen, angehenden Lehrern, um nach Möglichkeiten der Verbreitung und Verbesserung zu suchen. Er halte auch das Netzwerkstrukturen für wichtig. Als Beispiel nennt er das Netzwerk „mekonet.de“, durch das versucht werde Nachrichten zur aktuellen Medienkompetenz an die Zielgruppe, die im Bereich der Multiplikatorenfortbildung tätig sei, heranzutragen.

Hinsichtlich der Frage des **SV padeluun** nach den Bedingungen für ein Gelingen von Medienkompetenz halte er es für wichtig, nicht auf Individuen allein zu verkürzen, sondern immer die organisatorischen Einbettungen zu berücksichtigen. Also auch bei den verschiedenen Institutionen, die Medienkompetenz fördern, nach einem Leitbild und einem Entwicklungsplan sowie dessen Verzahnung mit entsprechenden Personalentwicklungsstrategien, mit Inhalten und Technikplanung zu schauen. Diese werde seit Jahren auch auf Schulebene diskutiert, aber man könne auch betrachten, wie es in anderen Organisationskontexten aussehe. Vereine, wie es die Frage des **18. Sachverständigen** angedeutet habe, könnten hier durchaus auch vernetzende Wirkung zeigen.

Eine weitere Frage habe sich auf das Thema Office-Paket und die Anbindung an große Hersteller bezogen. Seines Wissens gebe es auch herstellerübergreifende Zertifikate. In diesem Zusammenhang sei auch eine vor Jahren durchgeführte IT-Fitness-Studie interessant, in der verschiedene Zielgruppen anhand von Fragen zur IT-Kompetenz befragt worden seien. In dieser Studie hätten die Rentner am schlechtesten abgeschlossen, am zweitschlechtesten allerdings die Schüler. Man könne zwar darüber diskutieren, inwieweit Online-Fragebögen repräsentativ seien, aber in diesem sehr punktuell gemessenen Ausschnitt von IT-Kompetenz hätten Lehrer wesentlich besser als weitere erfasste Zielgruppen abgeschlossen.

Wichtig sei, dass bei der Erfassung von Medienkompetenz immer ein großer Komplex herunter gebrochen werden müsse. Je stärker man Medienkompetenz auf spezifische IT-orientierte Kompetenzen, wie etwa die Bedienung eines Textverarbeitungsprogrammes, reduziere, desto genauer lasse es sich messen. Zugleich enge man damit aber den Begriff extrem ein und lasse bestimmte andere Faktoren wie Kreativität außen vor.

Jürgen Ertelt schließt an die Ausführungen seines Vorredners, inwieweit Office-Programme ein Teil von Medienkompetenzstärkung seien, an. Dies sei eher eine Vermittlung von notwendigen Techniken. Es sei zwar auch erforderlich zu lernen, wie man ein Textverarbeitungsprogramm bediene. Wesentlicher sei jedoch, nicht nur die Bedienung der Anwendungen zu vermitteln, sondern die Verwendung auch immer mit einer Alltagsfrage der betreffenden Jugendlichen zu verbinden. Damit könne man tatsächlich erfolgreiche Arbeit machen.

Bezugnehmend auf die Frage der **Abg. Aydan Özoguz** (SPD), ob es Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gebe, müsse er Rheinland-Pfalz herausstellen. Dort habe man es geschafft, mittels der medien+bildung.com gGmbH eine Struktur aufzubauen. Es gebe eine *Task*-Mannschaft, die auch in ländliche Gebiete gehe und es schaffe, auch die Medien der Jugendlichen einzubeziehen, d. h. es nicht an vorhandenen Geräten festzumachen, sondern auch Handy-Projekte zu realisieren. Damit stärke man anknüpfend an die Lebenswelt tatsächlich auch die Medienkompetenz. Über die praktische Auseinandersetzung vermittele man dadurch auch weit über das reine Medium hinausgehende Inhalte, die sich mit den täglichen Problemstellungen Jugendlicher auseinandersetzen.

Ein anderes Beispiel sei eine Kampagne wie „watch your web“, die von der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. mitentwickelt worden sei und in wenigen Tagen einen Relaunch erfahre. Zum einen sei eine breite Öffentlichkeit für eine Kampagne notwendig, die dann auch viral getragen werden könne, was sich in der Zusammenarbeit mit Schüler VZ bestätigt

habe. Zum anderen müsse man viele lokale Partner gewinnen, die daran anknüpfend eigene Angebote in Jugendzentren und in Schulen anböten. Insofern seien Möglichkeiten vorhanden, wenn man diese konstruktiv angehe und versuche, auch die Netze selber für eine Verbreitung zu nutzen.

Anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Schwaderer sei ihm wichtig festzustellen, dass es die Ausstattung alleine nicht bringe. Konzepte seien zu erarbeiten. Diese solle man nicht davon abhängig machen, dass technische Bedingungen erfüllt seien. Um medienpädagogisch tätig werden zu können, solle man auf die Techniken, die bei den Jugendlichen vorhanden seien, wie Computer und Handys, zurückgreifen.

Hinsichtlich der Frage des **SV C. H. Alvar Freude**, wie der Teufelskreis, der durch mangelnde Medienkompetenz in allen Schichten auftrete, durchbrochen werden könne, plädiert **Jürgen Ertelt** dafür, bereits in der Hochschulausbildung zu beginnen. Auch die Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ sei hier zu unterstreichen. Nur so sei es möglich, Voraussetzungen zu schaffen, die es künftigen Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, tatsächlich konzeptionell gestützte und erfolgreiche Projekte anzugehen. Sie müssten ihre Medien selbst erfahren und kritisch hinterfragen können. Auch sei der Verweis angebracht, dass es nicht an den technischen Geräten liege, sondern dass man eine Methode wählen müsse, die die vorhandenen Tools unterstütze. Man müsse nicht auf das Office-Paket warten, sondern könne auch Möglichkeiten im Netz nutzen.

Dinge seien dahingehend auszurichten, dass sie auf Kollaboration zielten. Schüler müssten in diesem Bildungskontext lernen. Lehrer seien so auszubilden, dass kollaborative Arbeit, das Suchen kooperativer Lösungen und die Tatsache, dass man das Medium lokal und global einsetzen könne, für sie zur Selbstverständlichkeit werde. Einzelarbeitsplätze sollten eher die Ausnahme sein, weil dies der Status quo sei, den man heute habe und der nicht unbedingt hilfreich sei.

Es sei gefragt worden, ob Software open source sein solle. Man solle einen Schwerpunkt auf open source setzen. Vor allem solle man Dinge, die bereits öffentlich finanziert worden seien, so zur Verfügung stellen, dass man sie weiter kostengünstig oder kostenfrei nutzen könne. Hier beziehe er sich nicht nur auf Software, sondern auch auf Konzepte. Erfahrungen seien so zu publizieren, dass man sie für weitere Initiativen nutzen könne. Er plädiere dafür, dass man auch solche Dinge unter eine Lizenz stelle und sie kopierfähig seien.

Programmierung sei seiner Auffassung nach nicht im Sinne einer klassischen Programmierung, wie man sie vor 25 Jahren noch in Basic-Kursen angeboten habe, zweckmäßig. Es sei vielmehr zu hinterfragen, wie die genutzten Angebote funktionierten und vielleicht auch zu überlegen, wie man die Erweiterung einer Software anregen könne. Er glaube, dass Jugendliche viele Ideen hätten.

Kathrin Demmler beantwortet die Frage der **Abg. Aydan Özoguz** (SPD), bei welchen Kompetenzen und Gruppen sie die größten Defizite sehe und wo Kompetenzen zu fördern seien.

Beginnend bei Kindern und Jugendlichen sei es wichtig, im Freizeitbereich anzusetzen. Hier seien auch gleichzeitig die größten Defizite vorhanden. Sie wolle explizit den Freizeitbereich hervorheben. Es sei ganz wichtig, dass man die Interessen, die Kinder und Jugendliche hätten, aufgreife und dafür entsprechend Räume zur Verfügung stelle. Sie finde den Vereinsgedanken sehr schön.

Es handle sich beim Thema Medienkompetenz um etwas, womit sich Kinder und Jugendliche freiwillig beschäftigten. Sie hätten Lust, sich damit auseinanderzusetzen und darüber zu diskutieren. Diese Lust solle man aufgreifen. Es gebe dafür sehr schöne Beispiele, aber es sei wichtig zu betonen, dass man diesen Teufelskreis nicht umsonst durchbrechen könne. In der Breite umgesetzt müssten diese Modelle auch finanziert werden. Als Beispiel sei das Projekt „In eigener Regie“ des JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis zu nennen. Jugendliche könnten hier ihr eigenes Medienprodukt realisieren. Ihnen werde

Fachwissen von Expertinnen und Experten, Technik und Geld zur Verfügung gestellt. Es sei wichtig, immer soziales Lernen zu fördern, wie es die Bayerische Landeszentrale für neue Medien mache. Hier gebe es auch eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Software man verwenden solle oder programmieren könne. Es sei ein Patentrezept, dass Jugendliche etwas realisieren wollten.

Die größten Defizite sehe sie bei der breiten Umsetzung. In Schulen habe man Projekte in Form von Werkstätten durchgeführt, um viele Jugendliche und vor allem auch Jugendliche aus einem bildungsfernen Milieu zu erreichen. Man könne ihnen auf diesem Weg stärkere Anregungen mitgeben und auch das Selbstvertrauen, was sehr oft fehlt, geben. Es mangle nicht an Ideen, sondern an dem Selbstvertrauen, etwas realisieren und zur Diskussion über Medienkompetenz beitragen zu können. In diesem Bereich der Kompetenzförderung sei viel zu unternehmen. Man könne hier sehr schnell Fortschritte sehen.

Wichtig sei auch die Begleitung der Eltern. Diese müsse man fit machen und ihnen die Möglichkeit bieten sich mit anderen Eltern auszutauschen. Peer-to-Peer-Konzepte seien hier förderlich. Eltern benötigten in ihrem Erziehungsalltag kleine Handreichungen. Im Fernsehbereich habe man FLIMMO, die Programmberatung für Eltern. FLIMMO werde von den Eltern sehr gut angenommen. Eltern würden wirklich gerne die Kindersicht verstehen können. Dies werde von den Landesmedienanstalten gefördert.

Kathrin Demmler führt aus, dass es noch großen Handlungsbedarf im Bereich der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gebe, auch wenn sich inzwischen an Fachhochschulen vieles geändert habe. Aber auch bei den Fachleuten, den Medienpädagoginnen und Medienpädagogen, müsse noch vieles unternommen werden. Es bestehe großer Bedarf, Expertinnen und Experten fort- bzw. auszubilden. Medienentwicklung sei auch in Zukunft ein wichtiges Thema, so dass man Experten brauche, die Konzepte entwickelten. Die Ausbildung von Medienpädagoginnen und Medienpädagogen sei sehr wichtig.

Der **Vorsitzende** erteilt **Prof. Dr. Stefan Aufenanger** das Wort.

Prof. Dr. Stefan Aufenanger antwortet auf die Frage von **SV Annette Mühlberg** zu den Medienkompetenzfähigkeiten der politischen Entscheidungsträger und der Arbeitswelt und wie diese zu fördern sei.

Bei den politischen Entscheidungsträgern sei die Antwort schwierig. Einerseits seien die Kommissionmitglieder mit dieser Thematik befasst, andererseits müsse man Politik als Profession verstehen, die auf grundlegendes Wissen baut, um sie ausführen zu können. Daher sei in erster Linie nicht der Erwerb, sondern vielmehr das Wissen, was Medienkompetenz bedeute, die wichtigste Grundlage. Im Rahmen von Fortbildungsangeboten sei es sehr wichtig Medienwissen und Medialitätsbewusstsein bei den Abgeordneten zu schaffen. In diesem Zusammenhang zeige er in seinen Vorlesungen immer wieder ein Beispiel aus 2007, bei der Kinderreporter der ARD eine prominente Politikerin befragten, welchen Browser sie benutze, diese jedoch keine Antwort gewusst habe.

In der Arbeitswelt sei es wesentlich, gerade im Bereich der Ausbildung und den Auszubildenden digitale Medien nicht nur als Werkzeug zu verstehen, sondern auch als Möglichkeit der Weiterbildung. Er rate deshalb dazu, vor allem in Berufsschulen diese weiteren Optionen der Medien zu nutzen, um die Medienkompetenz der Schüler im sozialen, ethischen und politisch-partizipativen Bereich zu erweitern. Gleiches gelte für Arbeitsplätze. Gerade im Kontext der betriebsinternen Fortbildung sei es unentbehrlich, allen Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, an den Potenzialen der digitalen Medien teilzuhaben. Den Einwurf von **SV padeluun** „learning by doing“ halte er für naiv. Die in den 20er Jahren entstandene Begrifflichkeit impliziere schließlich ebenso, dass man reflektieren müsse, was man tue. Aufgrund dieser Überlegung stelle er die Forderung, den Menschen nicht ausschließlich die Technik zur Verfügung zu stellen, sondern auch Raum zu geben, in dem das Nachdenken über die Nutzung und die Folgen für den eigenen Arbeitsplatz im Mittelpunkt stehe. Dies sei eine ganz zentrale Aufgabe für die Gewerkschaften, auch wenn diese sich sehr lange geweigert hätten, eine konstruk-

tive Auseinandersetzung mit dieser Thematik zu betreiben, eben weil es Veränderungen in der Arbeitswelt mit sich bringe.

Prof. Dr. Stefan Aufenanger setzt seine Ausführungen mit der Frage von **SV Alvar Freude** fort. Er betont, in der Ausbildung für pädagogische Berufe an den Hochschulen sei das Problem, dass viele neue Kollegen keine neuen Medien einsetzen könnten und möchten. Im Lehrerberuf insgesamt gebe es eine bildungsbürgerliche Kulturkritik. Dies bedeute, das Buch und möglicherweise auch das Fernsehen gehöre zu den guten Medien, während man Computerspiele und Internet zunehmend kritisch sehe. EU-Studien im internationalen Vergleich belegten, dass die deutschen Lehrpersonen am skeptischsten gegenüber neuen Medien seien.

Er selbst bilde Lehramtsstudierende aus und stelle fest, dass es nur ein sehr geringes Lehrangebot an Medienpädagogik gebe. In vielen Bundesländern gebe es dies nur auf freiwilliger Basis oder gehöre gar nicht zum Kernbestandteil des Lehrplans. Damit verspiele man die Zukunftsfähigkeit der Schule. Denn wenn diese nicht auf Trends aufspringe und sich kritisch damit auseinandersetze, gebe es eine Spaltung zwischen der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen und der Schule selbst. Man müsse deshalb mehr Druck auf die Hochschulen ausüben, dass etwa bei der Berufung von Professoren, Medienkompetenz ein wesentlicher Bestandteil der abgefragten Qualifikationen sein solle.

Prof. Dr. Stefan Aufenanger greift die Frage von **Abg. Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) zum Thema Werbung auf. Neben Gewalt sei dies in der Öffentlichkeit das wichtigste medienpädagogische Themenfeld. Im Bereich des Fernsehens gebe es durch die Aufsicht der Landesmedienanstalt sehr gute Regelungen mit den Werberichtlinien. Diese gelten zwar ebenso für das Internet, würden dort jedoch zu wenig kontrolliert. Zudem hätten Kinder sehr große Schwierigkeiten, Werbung im Internet zu erkennen oder diese zu verstehen. Dies liege zum einen an den sogenannten Pop-ups, zum anderen auch an einer fehlenden Trennung zwischen Content und Werbung im textlichen Bereich. Es müsse deshalb stärker darauf geachtet

werden, dass die neuen Medien durchschaubar seien. Die Werbetreibenden seien daher mehr gefordert, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

In Schweden sei Werbung für unter 12-jährige Kinder verboten. Werbeprodukte seien trotz alledem beliebt in dieser Altersgruppe, was ein Beleg dafür sei, dass rechtliche Regelungen nichts brächten.

Insgesamt sei der Jugendmedienschutz in Deutschland knapp an der Grenze, wo die rechtlichen Regelungen den präventiven Jugendschutzmaßnahmen überschritten. Ein eindeutiges Zeichen dafür sei die Novellierung des Jugendmedienschutzgesetzes. In der Medienpädagogik werde das sehr kritisch gesehen, da es sehr viele Einschränkungen im Bereich der Jugendarbeit nach sich ziehe.

Er sei gegen ein Schulfach Medienkompetenz, betont **Prof. Dr. Stefan Aufenanger**. Ein separates Unterrichtsfach stünde unter dem Leistungsdruck, man müsse ein Curriculum entwickeln und Lehrer dafür ausbilden. Deshalb sei man in der Schulpädagogik vielmehr dabei, Fächer zusammenzulegen und größere Räume zu schaffen. Ebenso betrachte er den von **SV Markus Beckedahl** geforderten Programmierunterricht als vergeudete Zeit. Auch unter geschlechtsspezifischen Aspekten halte er es nicht für sinnvoll. Man wisse, dass bei Informatik ein erhöhter Nachwuchsbedarf bestehe, und dieses Fach überwiegend von Männern studiert werde. Das führe aber in der Schule dazu, dass man zu einer klaren Geschlechtertrennung zurückkehre, Mädchen dies nicht wollten und Jungen Interesse daran fänden. Aus diesem Grund halte er es für sinnvoller, Kommunikation als wesentlichen Bestandteil der Medien zu lehren.

Im internationalen Vergleich betrachtet, habe er immer wieder feststellen müssen, dass man in Deutschland Dinge problematisiere bevor man sie einsetze. „Schulen ans Netz“ sei hierfür ein Beispiel. In vielen anderen Ländern herrsche „Medienpragmatik“. Diese bestehe darin, dass zuerst geprüft werde, was man machen könne, welche Potenziale vorhanden seien und welche Möglichkeiten es gebe. Falls dann Probleme auftauchten, könne man immer noch darauf reagieren. Diese Art des Umgangs mit neuen Medien erscheine ihm angemessener.

Zuletzt mache er noch darauf aufmerksam, dass neue Studien zeigten, dass die heutige Typisierung, Kinder seien „Digitale Natives“ und Erwachsene „Digital Immigrants“, nicht stimme. Einige Fähigkeiten im Bereich der Medienkompetenz könnten auch Kinder nicht vorweisen. Differenzierter betrachtet, seien sie unvoreingenommener gegenüber neuen Medien und feinmotorischer beim Umgang mit Spielen. Die Stärken der Erwachsenen liegten jedoch in der sozial-ethischen Beurteilung und in Fragen der Partizipation. Aufgrund dessen solle man Medienkompetenzvermittlung auch als intergenerationelle Aufgabe verstehen.

Mechthild Appelhoff geht auf die Frage von **Abg. Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) ein, welche Projekte es in Nordrhein-Westfalen (NRW) gebe, um Eltern einzubeziehen. Sie macht deutlich, dass diese Zielgruppe eine sehr zentrale für die Landesanstalt für Medien (LfM) sei. Auch aktuelle Studien im schulischen Kontext zeigten, dass Lehrer bei der Förderung von Medienkompetenz verstärkt auf Eltern setzten. Vor diesem Hintergrund habe man in NRW die Initiative „Eltern und Medien“ ins Leben gerufen, welche das Ziel habe, Elternabende für Kindertageseinrichtungen und Schulen anzubieten. Diese Einrichtungen könnten sich an das Grimme-Institut wenden, welches Referenten zu Verfügung stelle, die mit Informationsmaterial in Schulen gehen und dort Elternabende zu verschiedenen Themen veranstalteten. Auf diese Art und Weise habe man im aktuellen Jahr 800 Elternabende veranstaltet. Man habe zunächst klein angefangen, sei jedoch überrascht gewesen von dem großen Interesse der Einrichtungen an diesen Veranstaltungen.

Aus diesem Grund arbeite man nun mit verschiedenen Institutionen vor Ort zusammen – dies sei ein Pilotprojekt. Man versuche die dortigen Mitarbeiter so zu qualifizieren, dass auch sie die notwendigen Zusatzkompetenzen haben, um Elternarbeit zu Medienthemen zu betreiben. Außerdem unterstütze man sie finanziell, um Elternabende auszustatten. Für die LfM sei dies ein Schneeballeffekt gewesen, da jede dieser Institutionen verschiedene Zielgruppen habe. Dadurch ergebe sich der wesentliche Nebeneffekt, dass Netzwerke für Elternarbeit aufgebaut

werden konnten. In NRW gebe es nunmehr 80 ausgebildete Medienpädagogen, welche zusätzlich geschult worden seien. Diese tauschten sich regelmäßig aus und geben Rückmeldung aus der praktischen Erfahrung, welche die aktuellen Fragen und Probleme seien. Dies helfe der Landesmedienanstalt zu wissen, wie zu reagieren sei und welchen Service man anbieten müsse.

An diesem Projekt sehe man zum einen sehr deutlich, wie wichtig Vernetzung sei. Zum anderen erreiche man bei diesem Projekt nur eine ganz spezielle Zielgruppe von Eltern, und zwar diese, die bereit seien, sich mit dem Thema Medien auseinanderzusetzen. Die Zielgruppe der Eltern, die aufgrund verschiedener Gründe Probleme damit haben, versuche man derzeit mit einem anderen Projekt anzusprechen. Aktuell kooperiere die LfM zum Beispiel mit den regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderungsfamilien. Diese Stellen betreuten einen Projekt namens „Rucksackprojekt“, welches bereits sehr erfolgreich im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werde. Dies habe zum Ziel, begleitende Familienberatung mit Hilfe von Muttersprachlern durchzuführen. Die LfM bringe dabei seine Kompetenzen zum Thema Medienarbeit in der Familie ein, in dem sie die Koordinatoren der Rucksackprojekte weiterbilde und mit ihnen gemeinsam Materialien für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen und den Familien entwickelt habe. Die Rückmeldungen seien sehr positiv.

Auch an dieser Stelle zeige sich noch einmal wie wichtig die Vernetzung bei jeder Schwerpunktzielgruppe sei. Die Landesanstalt für Medien habe nie die Möglichkeit gehabt, in solch konzentrierter Form diese Zielgruppen zu erreichen, die infolge von Migrationshintergründen Probleme haben. Gleichfalls haben diejenigen, die in der Elternberatung aktiv tätig seien, die Mitarbeiter der Initiative „Eltern und Medien“ zum Thema Interkulturelle Elternarbeit geschult, da ihnen dieses Wissen gefehlt habe. Daran werde deutlich, dass man bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen alle vorhandenen Strukturen nutzen solle. Medienarbeit müsse man als ein relevantes Thema in der Bildungs- und Jugendarbeit integrieren.

Mechthild Appelhoff setzt ihre Ausführungen zu dem Thema Kinder und Werbung fort. Sie betont, das größte Problem sei nicht nur, dass kleine Kinder Werbung als solche nicht erkennen, sondern vielmehr, dass die pädagogischen Konzepte nicht auf die Werbung der heutigen Zeit ausgerichtet seien. Diese zielten vor allem auf die weniger relevante Fernseh- und Printwerbung und nur in Ansätzen auf dies im digitalen Bereich. Wenn man wisse, dass Kinder hauptsächlich das Internet nutzen, um zu spielen, sei es sicherlich „sehr intelligent“, Werbung in Computerspiele zu integrieren. Deshalb werde derzeit mit Hilfe von Studien geprüft, ob die Pädagogik darauf bereits eingestellt sei oder reagieren müsse.

Mechthild Appelhoff stellt fest, dass im Kontext der Qualifikation von Lehrpersonal die Technik in den Schulen eine wichtige Voraussetzung sei, um mit den Kindern aktiv an den Medien arbeiten zu können. Sie unterstreiche aber die Aussagen ihrer sachverständigen Kollegen, dass der zentrale Aspekt sei, ob die Lehrer bereit seien, diese Medien auch offensiv im Unterricht einzusetzen. Eine Studie der LfM zum Thema Medienkompetenz in der Schule habe zwei wesentliche Punkte deutlich gemacht. Einerseits, dass Lehrer nur dann bereit seien, Medien einzusetzen, wenn sie das Gefühl haben, es nütze ihnen etwas. Andererseits seien es entgegen der Erwartung nicht die jüngeren Lehrer, die neue Medien nutzten, sondern die erfahrenen Kollegen. Die Begründung sei, man könne davon ausgehen, dass diese Lehrer schon so eine große generelle Lehrkompetenz besäßen, dass sie sich nicht von der Angst beeindruckt ließen, die Technik könne versagen.

Beide Facetten zeigten, wie notwendig es sei, sich damit zu beschäftigen, wie eine Qualifikation von Lehrern zum Thema Medienkompetenz aussehen müsse, damit sie wirksam sein könne. Entscheidend sei dabei in erster Linie eine Veränderung der Einstellung der Lehrer zu den Medien und deren Nutzwert im Unterricht.

Zweite Fragerunde

Zielgruppen und Schutzbedürfnisse: Kinder und Jugendliche, Eltern und Familien, "Silver Surfer"

SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring wendet sich an **Philippe Gröschel**, wie er die Entwicklung einschätze, dass der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in besonderer Weise auf die Wirkung von Jugendschutzprogrammen setze. Besonders vor dem Hintergrund, dass in der Politik die Erwartung herrsche, dass bereits im Sommer ein Zehntel aller Haushalte diese nutzen könnten. Darüber hinaus interessiere ihn die Einschätzung der Kosten für die Nutzung dieser Programme.

Abg. Aydan Özoguz (SPD) fragt **Dr. Harald Gapski und Jürgen Ertelt**, welche die Kernkompetenzen seien, die man in den Fokus der Diskussion stellen solle. Ferner nehme sie Bezug auf die Aussagen von **Hannes Schwaderer**, dass man Schulen besser ausstatten müsse. Sie wisse gern, welche weiteren Veränderungen es in kurz- und langfristiger Perspektive bedürfe. In diesem Zusammenhang verweise sie auf das bereits angesprochene Hamburger Projekt und bitte um nähere Erläuterungen.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.) stellt ihre Frage, wie man Lernprozesse individualisiert gestalten könne, an **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** vor dem Hintergrund des medienpädagogischen Manifests, in dem die Verlässlichkeit und Kontinuität medienpädagogischer Forschung kritisiert werde. Sie bittet **Prof. Dr. Stefan Aufenanger**, ob er seine Aussagen hinsichtlich der geschlechterspezifischen Differenzierung präzisieren könne. Gebe es unterschiedliche spezifische Voraussetzungen und eine damit verbundene kognitive Befähigung. Ferner bitte sie beide Sachverständige um Hinweise, wo die Ansätze lägen, die die Enquete unter dem Blickwinkel „Medienforschung“ verfolgen sollte.

Abg. Manuel Höferlin (FDP) fragt **Thorsten Unger**, wo er Möglichkeiten und Chancen der Verbreitung von Serious Games sehe und ob sich daraus nicht eine Win-Win-Situation für Anbieter und Nutzer ergeben könne.

SV Dr. Jeanette Hofmann richtet ihre Frage an **Prof. Dr. Gigerenzer**, ob die inhaltliche Vermittlung von Medienkompetenz immer darauf ziele, die Nutzung neuer Medien zu befördern. Gebe es einen Anschlusszwang, sodass jeder mitmachen müsse oder könne sich jemand, eben weil er medienkompetent ist, bewusst dagegen entscheiden - vor allem im Hinblick auf ältere Generationen.

SV Dr. Bernhard Rohleder wendet sich an **Hannes Schwaderer**, inwieweit er Angaben zur medialen Ausstattung und Nutzung älterer Personen habe, da er die Diskussion für verkürzt halte, wenn man sie ausschließlich auf die Medienkompetenz jüngerer Menschen begrenze. Könne er Vorschläge machen, wie man an dieser Stelle aktiv werden könne, um den Fokus zu erweitern.

SV Alvar Freude bezieht sich auf eine Studie zum alten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV), die zu dem Ergebnis gekommen sei, dass Filterprogramme nicht akzeptiert werden und fragt **Kathrin Demmler**, welche Änderungen sie hinsichtlich des neuen JMStV erwarte. Könne sie die von **SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring** angegebenen Zahlen zur Nutzung der Programme bestätigen?

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU) fragt **Hannes Schwaderer** ob er glaube, dass Jugendschutz im Internet noch möglich sei und welche Perspektiven er sehe. Des Weiteren fragt er **Philippe Gröschel**, wie er virale Kampagnen zur Medienkompetenzvermittlung beurteile, speziell auch auf Plattformen wie SchülerVZ, das seiner Ansicht nach eine hervorragende Plattform sei, um Medienkompetenz zu vermitteln.

Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich bei **Prof. Dr. Stefan Aufenanger** und **Dr. Harald Gapski** nach Handlungsspielräumen und -empfehlungen. Wie könne man Angebote, die bereits auf regionaler- und Länderebene erfolgreich seien, auf die Bundesebene herunter brechen. Sei es notwendig, bundesweite Standards einzuführen?

Der 18. Sachverständige fragt, ob es möglich sei, die Bereitstellung eines neuen Dienstes oder einer neuen Software mit der Pflicht zu verbinden, auf eine sachgemäße Verwendung hinzuwirken und vor neu erkannten Risiken zu warnen. Wer stelle die finanziellen Mittel bereit, um den Betroffenen den sicheren Umgang mit den Diensten beizubringen oder für einen guten Gebrauch der Dienste zu werben? Müsse man bei der Einführung eines neuen Dienstes, der sehr vielen Menschen zur Verfügung stehe, andere Haftungskriterien festlegen?

Prof. Dr. Stefan Aufenanger greift die Fragen von **Abg. Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) zur medienpädagogischen Forschung und zur Bedeutung der Geschlechterspezifität auf. Die medienpädagogische Forschung gehe immer wieder auf und ab. Dies liege zum einen daran, dass meist nur projektorientierte Evaluationen durchgeführt werden. Es fehle an Kontinuität. Man brauche Studien, die auf längere Zeit angelegt seien, die das Aufwachsen in einer mediengeprägten Welt in den Mittelpunkt stellen. Daran könne man feststellen, inwieweit der Persönlichkeitsbereich beeinflusst werde. Zum anderen konvergierten die Medien zunehmend und seien dadurch immer schwerer zu unterscheiden.

Bei der Geschlechterspezifität zeige sich, wie die neueste JIM-Studie (Jugend, Information, Multimedia) sehr deutlich mache, dass die pauschale Internetnutzung keine Spezifität habe. Unterschiede gebe es jedoch in der inhaltlichen Präferenz. Demnach neigten Jungen zu (Online-) Computerspielen, Mädchen eher zu Chats und Social Networks. Seine vorherigen Überlegungen zur Informatik, wonach Mädchen dort nicht zum Zuge kämen, bedeuteten nur, dass das Angebot Medienkompetenz auf dieser technischen Ebene zu erwerben, sehr stark auf Jungen fokussiert sei. Es sei sehr wichtig, Mädchen Räume zu schaffen, damit sie sich mit Informatik auseinandersetzen. Man müsse dies jedoch idealerweise in ein Fach Kommunikation einbetten. Eine Spaltung in Geschlechterspezifität dürfe man nicht vornehmen. Es gehe ausschließlich darum Medien als Kommunikationsmittel zu sehen, um damit die Medienkompetenz zu stärken.

Zur Förderung der kognitiven Befähigung gebe es verschiedene Studien. Die medienpädagogische Forschung stehe etwas im Konflikt mit den Neurowissenschaften. Medienpädagogik sehe eher Potenziale bei der Nutzung von Medien, die in Form von kognitiver Flexibilität, netzstrukturhaftem Denken oder dreidimensionalem Denken bei Computerspielen erworben werden können. Daneben gebe es jedoch auch Einschränkungen, vor allem im sozialen Bereich. Eine extensive Nutzung könne zur sozialen Isolierung und problematischem Medienverhalten führen.

Prof. Dr. Stefan Aufenanger verweist bei Beantwortung der Frage von **Abg. Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zunächst darauf, dass Bildungspolitik zwar Länderangelegenheit sei, aber eine Berichtspflicht über den Stand der Förderung von Medienkompetenz, wie diese im europäischen Raum bereits praktiziert werde, sinnvoll sei. Auf Bundesebene könne man entsprechende Richtlinien oder Kriterien entwickeln, um auch eine bessere internationale Vergleichbarkeit herzustellen. Diese Standards dürften sich nicht allein darauf beziehen, wie die Ausstattung in Schulen sei, sondern vielmehr welche Fähigkeitsbereiche bei den verschiedenen Akteuren vorliegen.

Kathrin Demmler stellt zunächst zwei kurze Bemerkungen voran.

Nach Ansicht des JFF (Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis) sei die Förderung von Medienpädagogik falsch verstanden, wenn es nur darum ginge, Nutzerinnen und Nutzer an Medien heranzuführen. Es gehe vielmehr um den kompetenten Umgang und die Orientierung, wann man welche Medien wofür benötigt.

Darüber hinaus sei sie der Meinung, dass die Zielgruppe von Medienkompetenz wesentlich breiter sei als Kinder und Jugendliche. Es gehe auch um Erwachsene und ältere Menschen. Das JFF halte daher Konzepte, die beide Gruppen berücksichtigen, für wichtig, da die Diskussion gerade davon lebe und beide davon profitierten.

Vor diesem Hintergrund antwortet sie auf die Frage von **Alvar Freude** zur Novellierung des JMStV. Bei der Evaluierung des bisherigen JMStV habe man festgestellt, dass Filter, die von den Nutzerinnen und Nutzern selbst in Kraft gesetzt werden müssen, problematisch seien. Sie seien schwierig einzusetzen. Die Verbreitung dieser Filtermaßnahmen habe zu vielfältigen Hürden geführt, wie etwa der Finanzierung. Grundsätzlich stelle sich die Frage, wer diese Filter einsetze und was diese bewirkten. Diese Filter spielten einen sicheren Surfraum vor, der nur dann tatsächlich existiere, wenn es eine stärkere Reglementierung gebe. Diese sei jedoch auf andere Weise bedenklich. Filter seien daher sehr problematisch. In bestimmten Bereichen mit jugendgefährdenden Inhalten sei von einer Vorsperre viel zu halten, da Kinder keinen Zugang dazu haben sollten.

Zur Novellierung sei zu sagen, dass man wisse, dass eine Alterskennzeichnung verschiedene Dinge auslöse, aber auch positive Begleiterscheinungen habe, sowohl für Kinder als auch für Jugendliche, welche im Internet oft unvorbereitet auf Inhalte stießen, die sie überforderten. Wenn sie auf Seiten landeten, die explizit darauf verweisen, dass hier Grenzen überschritten werden, könnten sie selbst entscheiden. Sie seien dann aber, unabhängig von ihrer Entscheidung, nicht mehr unvorbereitet auf den Inhalt. Bei den heutigen Medien sei die elternrechtliche Aufsicht an vielen Stellen unterbrochen. So sei das Handy ein Individualmedium, mit dem man ebenso einen Zugang zum Internet habe.

Es gebe viele Punkte, die man noch einmal genauer prüfen müsse. In diesem Zusammenhang plädiere das JFF dafür, die Nutzerinnen und Nutzer ganz stark in die Überlegungen mit einzubeziehen. Das Einhergehen von Jugendmedienschutz und Medienkompetenz sei dabei unumgänglich.

Der **Vorsitzende** dankt **Kathrin Demmler** und erteilt **Jürgen Ertelt** das Wort.

Jürgen Ertelt erklärt, sich seiner Vorgängerin anschließen zu wollen und betont, dass gemeinsam mit den Jugendlichen ein Wertediskurs geführt werden müsse.

Zu den zu vermittelnden Kernkompetenzen gehöre neben der Medienkritik – also analytischen und reflexiven Fähigkeiten und des ethischen Betroffenseins – auch ein Wissen über Medien und Mediensysteme sowie ein Wissen über die Bedienung dieser Medien. Bei der Mediennutzung sollten interagierende Anwendungen eingesetzt werden, die zudem altersspezifisch dem Entwicklungsstand angepasst sein sollten. Die zu verwendenden Medien sollten sich zudem auch inhaltlich an den Interessen der Kinder und Jugendlichen ausrichten. Medienkompetenz müsse einen Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft und zur Stärkung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leisten. Dies setze voraus, dass man sich in jeder Hinsicht davon löse, Medien mit der Vorstellung zu nutzen, dass man sie jederzeit wieder abschalten könne. Digitale Medien und das Internet durchdrängen die Gesellschaft und man könne sich ihnen nicht entziehen. Insofern sei auch die Frage, ob man nicht auch eine Kompetenz entwickeln müsse, sich gegen die Nutzung des Internets entscheiden zu können, obsolet. Vielmehr müsse man sich fragen, wie man das Ganze so ausgestalten könne, dass man sich dabei wohlfühle und man dabei etwas erreiche, was den eigenen Standpunkten und Ansichten entspreche.

Der **Vorsitzende** dankt **Jürgen Ertelt** und bittet **Dr. Harald Gapski** um die Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen.

Dr. Harald Gapski erklärt, auf die Frage zum Thema Kern-/Basiskompetenzen antworten zu wollen. Auch im anglo-amerikanischen Bereich gebe es eine umfangreiche Debatte zu „21st Century Literacy“ und Kernkompetenzen. Es stelle sich die Frage, wie man aus diesem Komplex der verschiedenen Kompetenzen bestimmte Sachen herausgreifen könne. Nach seiner Ansicht sei aktuell vor allem das Thema der Informationskompetenz von besonderer Bedeutung, also die Fähigkeit, Informationen zu bewerten und zu nutzen sowie Informationen freizugeben, was eine gewisse aktive Kompetenz mit sich bringe. Damit sei auch eine Reflexionskompetenz im Umgang mit Informationen gemeint, die nicht diese hohe technische Verfallsbedingung habe, sondern generell als Basiskompetenz eingeübt werden sollte. Informationen könnten alle möglichen Formate betreffen, woraus

sich eine Schnittstelle zur visuellen Kommunikation ergebe. Das Verstehen von Bildern sei inzwischen auch schon eine Kulturtechnik geworden, die wichtig für das Verständnis unserer kulturellen Symbole sei.

Die zweite zu beantwortende Frage betreffe das Thema „Standards“. Natürlich befänden wir uns in einem föderalen System. Eine Debatte über Standards der Medienkompetenz würde – wie auch **Prof. Dr. Stefan Aufenanger** ausgeführt habe – unter anderem von der Europäischen Kommission geführt. Standards unterlägen aber gewissen Bedingungen, wenn sie in die Diskussion eingebracht werden. Sie orientierten sich an konkreten Zielen, an Prüf- und Messbarkeit, an einer gewissen Einheitlichkeit und würden im Allgemeinen von Experten formuliert. Man befinde sich insofern wieder in der Diskussion über das Verhältnis von Kompetenzen und Werten, die beispielsweise Jugendliche schätzten. Es stelle sich die Frage, ob diese Werte und Kompetenzen mit denen übereinstimmten, die von Expertengremien definiert würden. In der Folge bestünde ein ganzer Raum an unterschiedlichen Medienkontexten, an unterschiedlichen Medienformaten, Nutzungspraktiken und Zielgruppen, in denen dann ein Standard definiert werden müsse. Dies sei eine sehr komplexe Aufgabe. Es sei aber dennoch ein gutes Reflexionsinstrument, sich darüber klar zu werden, was denn Mindestwissensbestände, -kenntnisse und -fähigkeiten seien. Hervorzuheben sei in diesem Zusammenhang aber, dass es sich dabei um keine rein instrumentellen Tätigkeiten handele, sondern dass hierbei vielmehr auch Dimensionen der Kreativität und der Selbstorganisation von besonderer Bedeutung seien.

Eine weitere Frage habe sich auf die Handlungsfelder im Hinblick auf die Netzwerkstrukturen bezogen, die es gebe. Hier halte er es für eine sehr fruchtbare Übung, wenn man einmal die verschiedenen existierenden Medienkompetenznetzwerke in den Bundesländern zusammenführte zu einem Erfahrungsaustausch. In jedem Bundesland gebe es Netzwerke für Multiplikatoren, so zum Beispiel „Mekonet“, das von der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen gefördert werde. Zwischen diesen Netzwerken einen Erfahrungsaustausch herzu-

stellen, könnte fruchtbare Impulse für die Abstimmungen und für die Entwicklung von Instrumenten liefern.

Der **Vorsitzende** dankt **Dr. Harald Gapski** und übergibt das Wort an **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer**.

Nach Ansicht von **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** ist die von **SV Jeanette Hofmann** gestellte Frage, ob man sich – wenn man sich kompetent gemacht habe über Medien entscheiden könne, ein bestimmtes Medium nicht anzuwenden, eine sehr wichtige Frage. Insofern sei der Aussage von **Jürgen Ertelt**, wonach die gestellte Frage obsolet sei, da sich niemand den Medien entziehen könne, klar zu widersprechen. Die Gesellschaft bedürfe einer gewissen Heterogenität. **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** erklärt, dass er mit zwei Nobelpreisträgern zusammenarbeite, von denen keiner das Internet nutze und die sich dem Diktum von **Jürgen Ertelt** nicht beugen würden. Es hänge ja auch immer davon ab, was man mit dem Internet mache. Er selbst benutze das Internet zwar, aber er nutze beispielsweise „Facebook“ nicht. Insofern sei es ganz wichtig, dass man die Dinge verstehe und dann selber wähle. Junge Menschen, aber auch Erwachsene sollten lernen, Kontrolle über die Medien zu erlangen. Dies müsse ihnen beigebracht werden.

Bezug nehmend auf die Frage von Frau Doktor Sitte, stellt **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** klar, dass die erste Zielgruppe eigentlich nicht die Jugendlichen seien, sondern vielmehr die Lehrer, die Erwachsenen, die Journalisten, die Politiker und die Universitätsprofessoren, also die, die die Lehrerausbildung machten. Es habe keinen Sinn, wenn man Jugendlichen etwas Gutes tun wolle, aber die Lehrer dies nicht umsetzen könnten oder wollten. Lehrer seien nicht in der Lage, dies zu lernen, wenn man die Lehrerausbildung nicht ändere. Hier bestehe ein möglicher Teufelskreis, da man wisse, dass Lehramtsstudenten höhere Defizite in digitalen Kenntnissen hätten als andere Studenten. Wer digital besonders kompetent sei, suche sich heutzutage in der Regel ein anderes Studienfach in Deutschland. Dies führe dann zu dem beschriebenen Teufelskreis. Insofern sei die wichtigste Sache

in der laufenden Debatte, dass man – wie es auch **SV Annette Mühlberg** angesprochen habe – eine Generation höher anfangen, also bei den Auszubildenden.

Hinsichtlich der Frage, wie es mit der Forschung stehe, ist **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** der Ansicht, dass zwar an allen möglichen Stellen geforscht werde, es aber an Längsschnittstudien mangle, die zeigen, welche Technologien über lange Zeit Effekte haben würden. Hier spielen wahrscheinlich auch das Alter eine Rolle. Man könne dies mit den Wirkungen des Cannabis-Gebrauchs vergleichen: Unter 16 Jahren würden die Schäden anhalten. Sei der Konsument älter, habe er zwar drei Tage lang eine eingeschränkte visuelle Fähigkeit, danach sei dies aber auch wieder vorbei. Diese Altersabhängigkeit müsse also geklärt werden. Die Forschung sei überdies sehr wenig Theorie geleitet. Dies hänge auch damit zusammen, dass die Forschung an den Universitäten sehr wenig interdisziplinär ausgestaltet sei. Man müsse verstehen lernen, wie Menschen funktionierten. In den USA gebe es beispielsweise „Baby-DVDs“, also sogenannte „intelligente Spiele“, die das Erlernen der Muttersprache bei Kleinkindern beschleunigen sollen. Wenn man sich aber die Studien über frühes Sprachlernen anschau, wisse man, dass das Erlernen einer Sprache über die soziale Kommunikation führe. Ein Kind schaue nur auf das, was die Mutter mache oder erkläre. Diese Mechanismen würden übersehen in diesen Formen von digitalen Medien. Wenn man Erfolg haben wolle, müsse man folglich untersuchen, wie Kleinkinder oder auch Erwachsene funktionierten.

Darüber hinaus sei es ganz wichtig, die kognitiven Konsequenzen von digitalen Medien zu analysieren. Es gebe kaum Langzeitstudien darüber, in welchem Zusammenhang das Internet und die Konzentrationsfähigkeit stünden. Aber selbst, wenn man zu dem Ergebnis käme, dass die Konzentrationsfähigkeit spürbar abnehme, wenn man täglich mehrere Stunden im Internet surfe, dann bedeute dies ja nicht, dass man das Internet abschaffen werde; es würden vielmehr in der Schule ganz andere, kompensierende Konzentrationsübungen eingeführt. Hierzu bedürfe es aber guter Forschung, die es bislang jedoch nicht gebe.

Prof. Dr. Gerd Gigerenzer ergänzt abschließend seine Ausführungen bezüglich des Themas Risikokompetenz dahingehend, dass man nicht dabei stehen bleiben könne, Kindern und Erwachsenen beizubringen, wie man bestimmte Informationen im Internet suche und finde; man benötige vielmehr zusätzlich die Kompetenz, eine Information zu bewerten, also eine Form von Bewertungskompetenz, so dass man das, was man bei seiner Suche gefunden habe, auch tatsächlich verstehen könne.

Der **Vorsitzende** dankt **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** und erteilt **Philippe Gröschel** das Wort.

Philippe Gröschel erklärt, mit der Frage des **18. Sachverständigen** beginnen zu wollen, da das Thema der Haftung für Unternehmen besonders interessant sei. Er habe die komplexe Frage bereits am vergangenen Wochenende im Forum gelesen und sei deshalb auch schon mit ihr vertraut. Konkret sei gefragt worden, ob Unternehmen, die eine Innovation in die Gesellschaft tragen, im Zweifelsfall auch für die Folgen, die diese Innovation mit sich bringe, haften sollten. So sei ein Automobil zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Innovation in unserer Gesellschaft gewesen und es stelle sich die Frage, ob der Automobilhersteller auch für die Unfälle im Anschluss haften müsse. Dies sei natürlich zu verneinen, da es an irgendeiner Art von Zurechnung oder Kausalität fehle. Zumindest wenn man Kausalität mit einem Element der objektiven Zurechnung einschränkte, käme man zu dem Schluss, dass ein Unternehmen nur dann haften könne, wenn es einen kausalen Zusammenhang gebe, beispielsweise weil das Produkt absichtlich oder in fahrlässiger Weise nicht richtig gestaltet worden sei. In diesen Fällen sei dann eine Haftung des Unternehmens nachzuvollziehen.

Die Überlegung, ob man über Haftung und Schadensersatzansprüche nachdenken könne, wenn Unternehmen gravierende Fehler machten, sei in etwa auch das, was Innenminister Thomas de Maizière unlängst mit seinem „Rote-Linien-Gesetz“ im Bereich Datenschutzrecht eingebracht habe. Darüber hinaus solle man aber, gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland, Innovationen eher fördern

und nicht verschrecken. Die Einführung von generellen umfangreichen Haftungsregimen könne unter Umständen dazu führen, dass wichtige Innovationen für unsere Gesellschaft, für Arbeitsplätze und für die Wirtschaftspolitik eingeschränkt würden. Deshalb solle man solche Systeme sehr differenziert betrachten.

Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Prof. Ring, ob es realistisch sei, dass 10-15 % der Haushalte, in denen Kinder und Jugendliche leben, Jugendschutzprogramme nach sechs Monaten einsetzen werden, weist **Philippe Gröschel** darauf hin, dass SchülerVZ etwa 10% der Schüler in sechs Monaten habe erreichen können. Allerdings sei man von diesem sehr schnellen, auch viral entstandenen Wachstum ausgenommen überrascht gewesen, sodass es kaum vorstellbar sei, dass es hinsichtlich der Jugendschutzprogramme ähnlich schnell geschehen könne wie bei einem sozialen Netzwerk.

Philippe Gröschel ist der Ansicht, dass dies auch gar nicht wünschenswert sei, da man – wenn man mit so einer neuen Lösung „an den Start gehe“ – auch erst einmal Erfahrungen sammeln müsse. So müsse zum einen die Technologie überprüft und im Zweifelsfall weiterentwickelt werden und zum anderen müsse man Erfahrungen damit sammeln, wie Menschen diese Programme nutzten. Zudem sei es für eine schnelle Verbreitung des Jugendschutzprogramms auch nicht besonders förderlich, dass dieses kostenpflichtig sein soll. Überdies müsste man im Rahmen des Jugendschutz-Staatsvertrags gar nicht erst über dieses Programm diskutieren, wenn das Thema Jugendschutz in der Vergangenheit in den Familien als ausgesprochen wichtig wahrgenommen worden wäre. Vielmehr hätten dann alle Familien bereits ein vergleichbares anderes Programm auf dem Rechner ihres Kindes installiert. Aber auch hier zeigen die Zahlen, dass sehr viele Familien gerade solche Programme momentan nicht einsetzten. Insofern bezweifle er, dass sich dieser Status quo durch den neuen Jugendmedienschutzstaatsvertrag oder die Einführung anerkannter Jugendschutzprogramme massiv ändern werde.

Auf der anderen Seite gebe es derzeit keine sinnvolleren oder besseren Alternativvorschläge zu der Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags. Der Ju-

gendmedienschutz-Staatsvertrag von 2003 sei definitiv schlechter als der heutige, weil er weniger Möglichkeiten der Selbstregulierung einräume und noch starrer wirke. Insofern sei es wichtig und richtig, den jetzigen Entwurf erst einmal zu novellieren und sich dann aber generelle Gedanken darüber zu machen, wie Jugendschutz im Internet künftig neu aufgestellt werden könne. Ein wichtiger Punkt sei hierbei insbesondere die Frage der Medienaufsicht, da Medien heutzutage zumindest im Internet nicht mehr so funktionierten, dass eine „one to many“-Situation gegeben sei, also ein Betreiber eine Plattform mit vielen Angeboten anbiete, sondern vielmehr sehr viele Anbieter und Betreiber vielfältigere Möglichkeiten Inhalte und Medien verbreiteten, wodurch völlig neue Probleme im Bereich Jugendschutz entstünden.

All diese Themen und Probleme seien im jetzigen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nicht ausreichend bedacht.

Zuletzt antwortet **Philippe Gröschel** auf die von **Abg. Thomas Jarzombek** gestellte Frage zur Vermittlung von Medienkompetenz in den Angeboten. Er sei ganz stark der Ansicht, dass man Nutzer während der Nutzung des Mediums in dem Medium sehr gut erreichen könne. Diese Maßnahme sei im Zweifel auch effektiver als Elternabende an Schulen, da dorthin nur diejenigen Eltern gingen, die besonders engagiert seien und sich besondere Gedanken um die Erziehung ihrer Kinder machten. Diejenigen Kinder und Jugendlichen aber, die man mit Medienkompetenzvermittlung besonders erreichen müsse, weil dies in der Familie nicht gelinge, würden auch mit Elternabenden nicht erreicht. Diese Kinder seien eher über die Orte, wo Mediennutzung tatsächlich stattfindet erreichbar. Insofern seien diese Ansätze überzeugend. Dies belegten auch Beispiele aus der Praxis, wie die von SchülerVZ initiierte Kampagne „Respekt im Netz“, bei der Nutzer dazu aufgerufen worden waren, sich aktiv mit dem Thema „Cyberbullying“, „Mobbing“ auseinanderzusetzen. Etwa 1,6 Millionen Nutzer hätten sich damals an dieser Kampagne beteiligt. Ein anderes Beispiel sei die Kampagne „Watch Your Web“, die im vergangenen Jahr gestartet worden sei und demnächst fortgeführt werde. Hier seien Nutzer dazu aufgerufen worden, sich im Umgang mit den eigenen Daten zu

sensibilisieren. Auch hieran hätten sich mindestens 80.000 Jugendliche im SchülerVZ aktiv beteiligt. Das seien große Menschenmengen, die man sehr einfach erreichen könne. Insofern sei dies der richtige Weg, um Medienkompetenzvermittlung stattfinden zu lassen.

Der **Vorsitzende** dankt **Philippe Gröschel** und bittet **Prof. Dr. Klaus P. Jantke** um seine Antwort auf die gestellten Fragen.

In Ergänzung auf die Ausführung von **Kathrin Demmler** bezüglich der Alterseinstufungen, die in gewissem Sinne erfolgreich seien, weist **Prof. Dr. Klaus P. Jantke** daraufhin, dass solche Spiele, die von der freiwilligen Selbstkontrolle der Computerwirtschaft USK (Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle) keine Einstufung und damit keine Freigabe erhielten, in nahezu jedem Fall problemlos in Österreich erworben werden könnten. Da solche Spiele in Zeitschriften diskutiert würden, bevor sie eingestuft werden, seien diese Spiele sehr oft ganz hoch „gerankt“ im Interesse der Jugendlichen. Insofern bedeutet eine Nichteinstufung durch die USK eine Werbung für die betreffenden Spiele und führe zum Einkauf in Österreich. Dieser Fakt sei zu beachten.

Bezug nehmend auf den von **SV Dr. Jeanette Hofmann** und **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer** angesprochenen Aspekt, dass Kompetenz auch Kontrolle über die Medien bedeute, erklärt **Prof. Dr. Klaus P. Jantke**, dass es kein gutes Spiel ohne Suchtpotential gebe. Damit müsse man sich folglich auseinander setzen, da es ebenfalls ein Aspekt der Medienkompetenz sei, die eigene Mediennutzung wissentlich und willentlich zu begrenzen. Er verweise in diesem Zusammenhang auf den hohen Prozentsatz an „Hardcore-Spielern“ von „World of Warcraft“, die teilweise über 60 Stunden in der Woche das Spiel spielten.

Der stellvertretene **Vorsitzende** dankt **Prof. Dr. Klaus P. Jantke** und übergibt das Wort an **Hannes Schwaderer**.

Hannes Schwaderer geht zunächst auf das von **Prof. Dr. Klaus P. Jantke** Gesagte zum Thema „Gaming“ ein. Es sei mit den heutigen technischen Mitteln relativ einfach, ein Spiel so zu programmieren, dass es nach einer bestimmten Zeit aufhöre und erst am nächsten Tag wieder beginne. Dies sei im Sinne des Jugendschutzes durchaus so programmierbar.

Die von der **Abg. Aydan Özoğuz** (SPD) gestellte Frage, ob die Ausstattung alleine ausreiche, sei zu verneinen. In erster Linie brauche man Lehrer, die sich mit dem Thema beschäftigen möchten. Dafür müsse man bereits im Studium, also bei der Lehrerausbildung, mit der Einrichtung einer Lehrerkompetenz beginnen. Wenn ein angehender Lehrer nicht ausgebildet werde, wie er methodisch und didaktisch die digitalen Medien im Unterricht sinnvoll für ein besseres Lernen einsetzen könne, dann gebe es eben nur freiwillige Fortbildungsmaßnahmen.

Die von **Hannes Schwaderer** vertretene Initiative D21 e.V. habe die größte privatwirtschaftliche Lehrerfortbildungskampagne ins Leben gerufen. In 40-stündigen Seminaren setzten sich Lehrer damit auseinander, wie man methodisch, didaktisch Medien im Unterricht einsetzen könne. Dieses Angebot hätten etwa 450.000 und damit dreiviertel aller deutschen Lehrer in Anspruch genommen. Das Problem sei aber, dass diese Lehrer das in den Seminaren Erlernte später in ihren Schulen nicht hätten umsetzen können, weil die entsprechenden Medien fehlten. Die Lehrerausbildung müsse also Hand-in-Hand gehen mit einer entsprechenden Mittelausstattung, damit das Erlernte in der Schule umgesetzt werden könne.

Hannes Schwaderer berichtet über eine Studie in Hamburg, bei der 500 Schüler verschiedener Klassenstufen und Schultypen ein Jahr lang begleitet worden seien bei der unterschiedlichen Nutzung von Notebooks. Dabei habe es Klassen gegeben, bei denen jedes Kind sein eigenes Notebook zur Verfügung gestellt bekommen habe und dieses auch privat nutzen dürfen, während andere Klassen nur einen Computerpool nutzen konnten, bei dem man sich vorher anmelden müsse. Im Ergebnis hätten 91 % der Schüler ausgesagt, dass sie viel besser

auf ihren individuellen Lernbedarf hätten eingehen können. Lehrer hätten den Unterricht so gestaltet, dass die Kinder sich auch einmal in Teamarbeit mit dem Medium haben auseinandersetzen müssen und damit mittels Selbsterforschung haben lernen können. Das Lernen des 21. Jahrhunderts bestehe aus kollaborativem Lernen, Selbststudium, Teamarbeit, Online-Recherche, etc. Im Endeffekt sei die Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass bessere Erfolge erzielt werden können, wenn jedes Kind seinen eigenen PC erhält, als wenn auf einen PC-Pool zurückgegriffen werden müsse und dass es eigentlich unverantwortlich sei, den Computer im Unterricht nicht einzusetzen, wenn man, wie es heutzutage der Fall sei, in der Schule, im privaten Leben und vor allem im Berufsleben immer mit den digitalen Medien in Berührung komme. Diese Studie werde er der Enquete-Kommission gerne zur Verfügung stellen.

Im Hinblick auf die Frage von **SV Dr. Bernhard Rohleder** bezüglich der älteren Menschen führt **Hannes Schwaderer** aus, dass dies auch ein Schwerpunktthema der Initiative D21 sei. Zu diesem Thema sei letzte Woche eine gemeinsame Studie mit dem BMWi unter dem Titel „Die digitale Gesellschaft“ veröffentlicht worden. Es sei nicht genug, zwischen „digital natives“ und „digital immigrants“ zu unterscheiden; es müsse vielmehr ein qualitativer Unterschied und insbesondere die Einstellung zu den digitalen Medien aufgezeigt werden. Das Ergebnis der Studie zeige, dass 85% der Haushalte mit Kindern mit Computern ausgestattet seien; diese seien nicht das Problem. Problematisch seien vielmehr die 28% der Bevölkerung, die sogenannte „digitale Außenseiter“ seien, das Internet also gar nicht nutzten. Diese Menschen seien im Durchschnitt typischerweise etwa 65 Jahre alt, zwei Drittel davon seien weiblich, drei Viertel seien nicht oder nicht mehr arbeitstätig und seien folglich auch nicht in der Lage, über einen Arbeitgeber an diese Medien herangeführt zu werden. Hierbei sei grundsätzlich auch die Bevölkerungsgruppe mit der geringsten formalen Bildung anzutreffen. Weitere 28% seien Gelegenheitsnutzer, die zwar einen Zugang hätten, sich aber nicht wirklich kompetent und wohl dabei fühlten, sodass also insgesamt 26% der deutschen Bevölkerung nicht sicher und kompetent im Netz unterwegs seien. Tatsächlich seien nur 37% der Deutschen sogenannte „digitalen Souveräne“, die das Internet täg-

lich und sicher sowie kompetent nutzten. Bemerkenswert sei, dass die Nichtnutzer primär in der älteren Schicht anzutreffen seien.

Deshalb habe die Initiative D21 e.V. schon vor Jahren zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), dem Dachverband der Alten-Verbände, und Institutionen damit begonnen, Angebote zu machen, beispielsweise in Altersheimen, von Enkeln zu ihren Großeltern und Volkshochschulen. Es gebe also für Menschen über 65 Jahre hinreichende Angebote, jedoch seien die Menschen auch wieder nur in „Communities“ erreichbar. Das Individuum sei dagegen schwer erreichbar, wenn es nicht von der Familie einbezogen werde oder durch alle möglichen Vereine, in denen der einzelne Mensch sozial eingebunden sei. Wenn diese Menschen dort nicht angestoßen würden, sich mit dem Medium Internet auseinanderzusetzen, dann meldeten sich die Personen von sich heraus ganz selten bei Kursen und Fortbildungsmaßnahmen an. Dies sei tatsächlich ein Problem der älteren Generation. Diese älteren Menschen seien aber auch sehr stark verunsichert von der Debatte um die Gefahren des Internets. Würde man insofern mehr über die Chancen des Internets auch für ältere Menschen sprechen – namentlich die Integration –, dann würden diese Menschen vielleicht auch leichter zu erreichen sein.

Hannes Schwaderer fügt hinzu, dass es auch einer gewissen Medienkompetenz bedürfe, wenn man sich bewusst für oder gegen eine Teilhabe an der digitalen Welt entscheiden wolle. Insofern benötige jeder Mensch einen gewissen Grundbestand an Medienkompetenz.

Im Hinblick auf die von **Abg. Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) gestellte Frage, ob Jugendschutz möglich sei, stellt **Hannes Schwaderer** zunächst fest, dass dies eine relativ schwer zu beantwortende Frage sei. Erfolgversprechend seien Selbstverpflichtungen von Anbietern, da das Internet global sei. Insofern seien in Deutschland angedachte gesetzliche Regelungen nur schwer durchsetzbar, wenn das Nachbarland dies nicht auch umsetzen wolle. Dennoch sei er davon überzeugt, dass Jugendliche sehr schutzbedürftig seien und es drei Antworten auf gewisse

Schutzbedürfnisse gebe: Zu nennen seien hier ein technischer Schutz, ein Schutz durch den Gesetzgeber sowie ein Schutz durch Kompetenz, also in dem man einen kompetenten Umgang mit Medien lehre. Man müsse sich aber an den Gedanken gewöhnen, dass die Gesetzgebung der technologischen Entwicklung immer hinterherhinken werde. Die verschiedenen Bereiche des Jugendschutzes seien unterschiedlich zu beantworten – zum Teil durch den Gesetzgeber, zum Teil durch eine bessere Technik und zum Teil durch eine bessere Medienkompetenz. Im Grunde gehe es primär um den Persönlichkeitsschutz des Kindes oder um einfache Dinge wie Virenangriffe.

Der **Vorsitzende** dankt **Hannes Schwaderer** und erteilt **Thorsten Unger** das Wort.

Bevor **Thorsten Unger** auf die an ihn gerichtete Frage, welche potenziellen Einsatzszenarien von spielerischen Lernmedien und deren Übertragbarkeit auf die schulische Bildung bestünden, antwortet, wolle er auf die Verbreitung von „Interactive-Whiteboards“ in Deutschland aufmerksam machen, die besonders geeignet seien, spielerische Lernmedien in den Schulunterricht einzubringen. 2008 habe es in Deutschland 25.000 „Interactive-Whiteboards“ gegeben, in England sogar 500.000. Dies zeige, wie stark das spielerische Lernen beispielsweise in England vertreten sei. Deshalb sei so eine Initiative, wie sie derzeit von Erfurt aus betrieben werde, sehr zu begrüßen.

Bezüglich des Themas „Schulen ans Netz“ führt **Thorsten Unger** aus, dass es um die Diskussion Hardware versus Anwendungsszenarien ginge. Die Landesanstalt für Medien (LfM) habe in Nordrhein-Westfalen eine Initiative gestartet, solche Medien stärker in den Schulunterricht zu integrieren. Dies sei eine positive Entwicklung.

Beschäftige man sich mit den Einsatzszenarien, stelle sich die Frage, was man damit tun könne. Man könne sich mit spielerischen Lernmedien Verständnis-Wissen aneignen, also Prozesse verstehen und auch anwenden. Dabei sei es relevant, dass die Inhalte die Handlung des Spiels treiben müssten. Demgegenüber

habe es in der Vergangenheit oftmals Spiele gegeben, bei denen der Lerninhalt nicht vom spielerischen Erfolg abgehängt habe, weshalb der Lernerfolg auch nur mäßig gewesen sei. Das Einbringen solcher spielerischer Elemente in den Schulunterricht bedinge natürlich eine Nutzungsdauer dieser Spiele, die weit unter 90 Minuten liegen müsse. Es gebe auch Spiele, mit denen man Wissen überprüfen könne, also Rückschlüsse über den Lernstand des Spielers ziehen könne. Basierend auf diesen Ergebnissen könne man dann Spielangebote schaffen, die dem Lernstand des Spielers entsprächen, sodass das Spiel sich dynamisch an den Lernstand des Spielers anpasse.

Die von **Thorsten Unger** vertretene work Zone2 Connect GmbH habe (*zusammen mit der IW Medien GmbH und der Gesamtmetall, Anm. d. Sekretariats*) ein Projekt realisiert, bei dem es um interaktive Versuche für den Schulunterricht gegangen sei, die fünf bis sieben Minuten dauerten und spielerischer Natur gewesen seien. Dieses Spiel „Experimente“, sei dieses Jahr mit dem Deutschen Computerspielpreis ausgezeichnet worden. Mit diesem Spiel sei versucht worden, eine Brücke zwischen Schulunterricht und Hausaufgaben zu schaffen. Dazu sei eine Plattform kreiert worden, bei der man mathematische, physikalische und sonstige naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten lehrplankonform nachstellen könne. Das Spiel könne im Unterricht vollzogen werden, wobei der Lehrer am Ende des Unterrichts als Hausaufgabe kleine Lernspiele aufgeben könne, die dann per E-Mail zugesandt und entsprechend ausgearbeitet würden.

Etwas Ähnliches mache die work Zone2 Connect GmbH derzeit zusammen mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen. Es handele sich dabei um eine virtuelle Unternehmung, die als Rahmen diene und in die dann verschiedene Aufgabenstellungen hineingegeben würden, die auch unter Verwendung von anderer, nicht nur spielerischer, Methoden gelöst werden können. Ein Aspekt dabei sei das kollaborative Lernen über Foren.

Thorsten Unger macht darauf aufmerksam, dass es auch Computerspiele für Senioren gebe, die sehr gut in der Zielgruppe 50+ funktionierten und vom Markt gut bewertet werden seien.

Im Hinblick auf die von **Abg. Aydan Özoğuz** gestellte Frage, welche Projekte es denn gebe, verweist **Thorsten Unger** auf eine Plattform namens „seriousgames.de“, auf der sich ein Katalog von bekannten serious-games-spielbasierten Lernprojekten finden lasse.

Der **Vorsitzende** dankt **Thorsten Unger** und den Sachverständigen insgesamt für die lebhafte Diskussion im Rahmen der öffentlichen Anhörung und für ihre schriftlichen Beiträge. Er weist darauf hin, dass alle Dokumente auf der Internetseite der Enquete-Kommission abgerufen werden können, wie auch der Stream ab dem folgenden Tag und das Protokoll der Sitzung in etwa zwei Wochen dort einsehbar seien. Der **Vorsitzende** lädt die Sachverständigen dazu ein, dem letzten Teil der öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission beizuwohnen und bedankt sich nochmals. Die Projektgruppe Medienkompetenz habe durch die Anhörung der Sachverständigen viel Input erhalten, den sie nun in der kommenden Zeit auswerten könne. Der **Vorsitzende** fährt fort mit dem zweiten Tagespunkt der öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Bericht aus den Projektgruppen“.

TOP 2 Bericht aus den Projektgruppen

a. Netzneutralität

Der Vorsitzende der Projektgruppe Netzneutralität **Abg. Dr. Peter Tauber** (CDU/CSU) berichtet, dass die Projektgruppe am 6. Dezember das letzte Mal getagt habe und inzwischen im Zeitplan voran gekommen sei. Er sei der Überzeugung, dass man den vorgegebenen Zeitrahmen werde einhalten können und fristgerecht die konkreten Vorschläge abgeben könne. Man habe sich vor allem über die technischen Rahmenbedingungen unterhalten und in allen Punkten einen Konsens erzielen können. Die spannenden, strittigen Punkte seien allerdings noch

nicht behandelt worden, sodass man auf interessante Diskussionen hoffen könne. Der **Vorsitzende** der Projektgruppe Netzneutralität berichtet weiter, dass die einzelnen Projektgruppenmitglieder derzeit an der Ausarbeitung der entsprechenden Textvorlagen arbeiteten. Man treffe sich mit der Projektgruppe dann unmittelbar zu Beginn des neuen Jahres und werde einen sehr arbeitsintensiven Januar erleben.

b. Datenschutz, Persönlichkeitsrechte

Der Vorsitzende der Projektgruppe Datenschutz **Abg. Manuel Höferlin** (FDP) berichtet, dass die Projektgruppe Datenschutz sich in der letzten Sitzungswoche getroffen habe und sich mit ihrer Arbeit derzeit im ersten sehr wichtigen Inhaltskapitel befinde. Man werde im Januar sehr intensiv weiter arbeiten und werde in allen Sitzungswochen jeweils montags tagen.

c. Urheberrecht, Schutz des geistigen Eigentums

In Stellvertretung für den Projektgruppenvorsitzenden **Johannes Kahrs** (SPD) berichtet **SV Dr. Jeanette Hofmann**, dass die Projektgruppe nach der letzten Sitzung der Enquete-Kommission, die eine öffentliche Anhörung zum Urheberrecht beinhaltete, „sprachlos“ gewesen sei und insofern die inhaltliche Arbeit auf die sich nun anschließende Projektgruppensitzung verschoben habe. Es werde nun mit der textlichen Arbeit am ersten Kapitel begonnen.

Der **Vorsitzende** gibt den Hinweis, dass die Projektgruppe Urheberrecht im Anschluss an die Sitzung der Enquete-Kommission im Saal E 400 tagen werde, während sich die Projektgruppe Datenschutz im Saal 4600 des Paul-Löbe-Hauses treffen werde.

d. Medienkompetenz

Der Vorsitzende der Projektgruppe Medienkompetenz **Abg. Thomas Jarzombek** (CDU/CDU) erläutert, dass er aufgrund der eben erst stattgefundenen Anhörung zum Thema Medienkompetenz keine neuen inhaltlichen Angaben zur Arbeit der Projektgruppe machen könne.

TOP 3 – Einsetzung weiterer Projektgruppen

Die Kommission beschließt einstimmig die Einsetzung zweier weiterer Projektgruppen: „Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz“ sowie „Internationales und Internet Governance“. Dabei werde **SV Harald Lemke** für die Fraktion der CDU/CSU den Vorsitz in der Projektgruppe „Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz“ führen, während **Abg. Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) der Projektgruppe „Internationales und Internet Governance“ vorsitzen soll.

TOP 4 – Verschiedenes

SV Dr. Bernhard Rohleder schlägt vor, dass man sich recht bald auf eine einheitliche Linie hinsichtlich der Struktur, des sprachlichen Ausbaus und der redaktionellen Bearbeitung der Texte einigen sollte, da es ansonsten - in einer sehr späten Phase der Arbeit der Kommission - einen enormen Aufwand bedeuten könnte, die Texte zu einem stimmigen Bericht zu vereinheitlichen.

Der **Vorsitzende** macht daraufhin den Vorschlag, dass diese Anregung beim nächsten Treffen der Obleute besprochen werden sollte.

Der **Vorsitzende** dankt nochmals den eingeladenen Experten, den anwesenden Kommissionsmitgliedern sowie insbesondere den Interessenten im Netz, die die Arbeit der Kommission intensiv begleitet hätten und dies hoffentlich auch weiterhin verstärkt machten. Er wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und bedankt sich zudem ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats der Enquete-Kommission für die allumfassende Unterstützung.

Der **Vorsitzende** schließt die Sitzung um 16:46 Uhr.

Enquete-Kommission Internet
und digitale Gesellschaft



Deutscher Bundestag

Öffentliche Anhörung 13. Dezember 2010
„Medienkompetenz“

Unterschriftenliste der sachverständigen Anhörfpersonen

Name	Vorname	Unterschriften
Appelhoff	Mechthild	
Aufenanger	Univ.-Prof. Dr. Stefan	
Demmler	Kathrin	
Ertelt	Jürgen	
Gapski	Dr. Harald	
Gigerenzer	Prof. Dr. Gerd	
Gröschel	Philippe	
Jantke	Prof. Dr. Dr. Klaus P.	
Schwaderer	Hannes	
Unger	Thorsten	

Montag, 13. Dezember 2010, 13:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

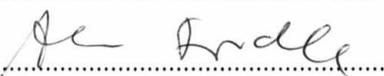
Sitzung der Enquete- Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

als sachverständige Mitglieder

Beckedahl, Markus



Freude, Alvar C. H.



Gersdorf Prof. Dr., Hubertus



Gorny Prof., Dieter



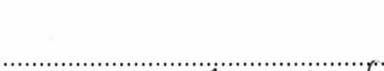
Hofmann Dr., Jeanette



Kurz, Constanze



Lemke, Harald



Mühlberg, Annette



Osthaus Dr., Wolf



padeluun



Ring Prof. Dr., Wolf-Dieter



Rohleder Dr., Bernhard



Schröder, Lothar



Schulz Dr., Wolfgang



Simon, Nicole



Tausch, Cornelia



Weinhardt Prof. Dr., Christof



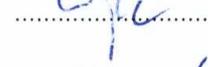
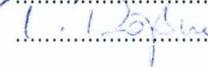
Montag, 13. Dezember 2010, 13:00 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Brandl Dr., Reinhard		Brand, Michael
Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E.		Hirte, Christian
Heveling, Ansgar		Knoerig, Axel
Jarzombek, Thomas		Mayer (Altötting), Stephan
Koepen, Jens		Schipanski, Tankred
Tauber, Dr. Peter		Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Dörmann, Martin		Drobinski-Weiß, Elvira
Kahrs, Johannes		Lange, Christian
Klingbeil, Lars		Lischka, Burkhard
Özoguz, Aydan		Zypries, Brigitte
FDP		FDP	
Blumenthal, Sebastian		Bernschneider, Florian
Höferlin, Manuel		Canel, Sylvia
Schulz, Jimmy		Thomae, Stephan
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Sitte Dr., Petra		Behrens, Herbert
Wawzyniak, Halina		Korte, Jan
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Notz Dr., Konstantin von		Montag, Jerzy
Röbner, Tabea		Sager, Krista

off.

Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

Montag, 13. Dezember 2010, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

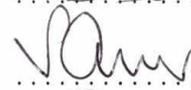
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

..... SCHEELÉ LINKE 
..... OTT CDU/CSU 
..... Polke-Schleuszi B 90/Die Grüne 
.....  FDP 
..... BERGMANN, F CDU/CSU 
..... KOLBE CA SPD 
..... Dobeneck B90 / Grüne 

